

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,80 Mark, ohne Befüllungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Gerdenstraße 14. Tel.: 210 65 (Red.); 210 47 (Verlag)

Will der Unablässigen Arbeiterzeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Pf. im Zeitvert. Konstanten Preisband des Sozialisten Halle; Kommune und Gemeindefest Halle; Volkshochschule Leipzig 194 71 Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Gerdenstraße 14

Einzelpreis 10 Pfennig

Halle, Donnerstag, den 15. Dezember 1932

12. Jahrgang, Nr. 290

Erschütternde Arbeiterbriefe

Kämpft um ein größeres Stück Brot!

**Immer größer die Not, immer stärker der Hunger, immer fühlbarer die Kälte — Schulschließung in Zschortau als Folge des Elends
Hunger und Elend machen Proletarierkinder krank**

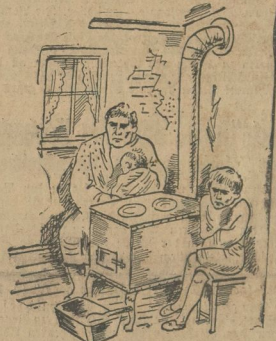
Aus Zschortau schreibt ein Schulkind: „Unsere Schule ist wegen Diphtherie geschlossen, fast 30 Kinder sind daran erkrankt. Das kommt nämlich daher, weil wir nichts Kräftiges und nicht einmal genügend zu essen haben. Außerdem ist es nun wieder kalt geworden, und die Kinder in ihren dünnen Kleidern und zerrissenen Schuhen erkälten sich sehr leicht. Unsere Lehrerin hat einigen Kindern das öfteren eine Kleinigkeit zu essen gegeben, damit sie überhaupt noch am Unterricht teilnehmen konnten. Mir selber ist es ein paarmal so schlecht geworden, daß es mir richtig schwarz vor den Augen wurde. Ich hatte nämlich nur trockenes Brot mit, und das wollte nicht rutschen.“

6 Mark für zwei Personen in einem Monat

Aus Pretzsch schreibt ein Arbeiterkorrespondent: „Der Arbeiter B. erhält wöchentlich 6 Mark Krisenunterstützung, also monatlich 24 Mark. Davon muß er Miete zahlen 18 Mark; es bleiben also zum Leben übrig 6 Mark den ganzen Monat für zwei Personen. Frau B. ist schwer leidend und infolgedessen auch arbeitslos. Unterstützung bekommt sie nicht. Der Arbeiter ging in seiner Bedrängnis zum Bürgermeister Rosenberger, schilderte ihm seine Lage, erklärte, daß er von 6 Mark im Monat mit seiner Frau nicht leben könne und gezwungen war, Schulden zu machen. Er stellte den Antrag auf Unterstützung in Naturalien, denn von den paar Hungerpfennigen könne er sich nicht einmal das trockene Brot kaufen, und er habe durchaus nicht die Absicht, ruhig zu verhungern. Die Antwort des Herrn Bürgermeisters war, er könne nichts bewilligen, da dies gesetzwidrig sei, und überdies hätte B. ja 15 Wochen Notstandsarbeit gehabt, ob er sich da nichts gespart hätte.“

Siebenköpfige Familie trotz Arbeit zum Hungern verurteilt

Aus Riestedt schreibt ein Wohlfahrtsempfänger: „Ich, der Wohlfahrtsempfänger H. bekam wöchentlich 20,30 Mark Unterstützung samt Frau und 5 Kindern unter 14 Jahren. Bin aber seit dem 27. Oktober als Notstandsarbeiter in Arbeit, Straßenbau, wöchentlich 40 Stunden — mehr darf nicht gearbeitet werden — die Stunde 50 Pf., macht 20 Mark. Davon gehen ab: Krankenkasse 84 Pf., Erwerbslosenfürsorge 60 Pf., Invalidenversicherung 40 Pf., Arbeitslosenhilfe 32 Pf. bleiben 17,56 Mark. Also weniger Lohn als die Hungerunterstützung war. Nun habe ich schon zwei Anträge geschrieben an das Wohlfahrtsamt Sangerhausen, bekam aber keine Antwort. Also für sieben Personen 17,56 Mark wöchentlich. Davon müssen monatlich 22,50 Mark Miete gezahlt werden, Kohlen und alles, was zum Lebensunterhalt gehört. Bitte, schreiben Sie darüber im „Klassenkampf“.“



Beste amtliche Meldung: „Das Kabinett Schleicher hat in seiner letzten Sitzung über die Winterhilfe gesprochen, aber noch keine nennliche Beschüsse gefaßt.“

Diese Briefe von Arbeitern und Arbeiterkindern sind erst kürzlich in die Dokumente dafür, wie groß Elend und Not der Arbeitenden und Erwerbslosen in Deutschland bereits sind. Unentgeltlich die Kälte in den Arbeiterquartieren, die man nicht mit Heizmaterialien vertreiben kann, da dazu das Geld fehlt. Die Hungerrufe werden immer lauter. Millionen in Deutschland wollen nicht kampflös verhungern und frieren. Im selben Moment aber läßt die Schleicher-Regierung erklären, daß sie kein Geld für Winterhilfe hat. Im selben Moment verhindern Nazis und SPD-Führer die Durchschiebung der kommunistischen Winterhilfeanträge, die allein konkrete Hilfe bedeuten.

Beistand in allen Dingen den Kampf um die Winterhilfe, den Kampf um Brot, Kartoffeln und Kohlen, fordert überall die Öffnung der Kohlenlager, der Magazine, der Speicher und Halben. Millionen von Erwerbslosen dürfen und wollen nicht frieren, sie dürfen und wollen nicht zuhungern, wie ihre Familien zugrunde gehen, wie ihre Kinder der Krankheit und dem Fieber zum Opfer fallen, weil diese bankrotte Ordnung weder Arbeit noch Brot beschaffen kann. Millionen Betriebsarbeiter und Erwerbslose in Deutschland müssen mit der SPD und der NSD gegen die Schleicher-Regierung und ihren Hungerkurs, für Brot und Kohlen, für Arbeit und Freiheit kämpfen!

SPD fordert Reichstagsversammlung

Die Reichstagsfraktion der SPD hat ein Schreiben an den Reichstagspräsidenten geschickt, in dem sie fordert, daß der Reichstag für Montag, den 19. Dezember, einberufen wird. Die SPD-Fraktion verlangt, daß in dieser Sitzung vor allem die Winterhilfe auf die Tagesordnung gesetzt wird sowie die Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni, durch die die Unterhaltungsfrage feinerweise gekürzt wurden. Ferner fordert die SPD-Fraktion, daß der kommunistische Mißtrauensantrag gegen die Schleicher-Regierung auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Schulstreik erfolgreich beendet!

Der Schulstreik in Frankleben wurde mit Erfolg beendet. Die Kinder der Erwerbslosen sollen nun in der Schule mitgehen. Außerdem wurde nun von den Gemeindefreizeitern der Beschäftigten, allen Kindern die Lernmittel kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Hunger und Kälte

aber Massenentlassungen in den Brikett- und in den Schufabrikten

Die Braunkohlewäpferlichen Schufabrikten haben wegen mangelnden Absatzes 600 Mann entlassen. Die Lagerplätze sind gefüllt, aber in den Arbeiterwohnungen herrscht die Kälte. In Burg bei Magdeburg mußte die Schufabrikation beratungsbegrenzt werden, daß 1100 Schufabrikarbeiter arbeitslos auf der Straße liegen.

Gegen Leipart, für die rote Einheitsfront!

Kampfpapelle aus Heeden und Meinelwitz an alle Gewerkschaftscollegen

Die Belegschaftsversammlung der Grube „Karl Ernst“, die vor einigen Tagen in Heeden stattfand, protestierte in einer scharfen Entschlieung dagegen, daß ihr Betriebsobmann wegen seiner revolutionären Gewerkschaftsarbeit aus dem Bergbau-industriearbeiterverband ausgeschlossen werden soll. In einer weiteren Resolution erklärt die Belegschaft der Grube „Karl Ernst“ scharfen Protest gegen die Streikverweigerung der Gewerkschaftsbürokratie, die eben erst wieder den Umwechselfreud der Kameraden auf der Grube Mißserben verzeihen hat.

Inbesondere werden die Praktiken der Gewerkschaftsführer Bredas und Reddigau angeprangert. In der Resolution heißt es zum Schluß: „Dies ist ein neues Warnungssignal an alle mitteldeutschen

Kampels, härter als bisher die Einheitsfront in den Betrieben zu schaffen und an der innergewerkschaftlichen Front vorzutreten. Die Kampels, die Mitglieder des BAW sind, verlangen, daß die Ortsverwaltungsarbeiten spätestens im Januar durchgeführt werden und geloben, kein Verschleppungsmandat durch den Hauptverband zu dulden.“

Die Ortsverwaltung des Maschinen- und Feiler-Verbandes Meinelwitz nahm einstimmig eine Entschlieung an, die den Leipart-Kurs auf das scharfe gerichtet und alle freigewerkschaftlichen Arbeiter auffordert, in der Einheitsfrontaktion den Kampf gegen das Schleicher-Kabinett aufzunehmen.

Amnestie-Vorlage gefährdet!

Bestärkt den Kampf um die Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 15. Dezember.

Gestern tagten die Vereinigten Ausschüsse des Reichsrats, um die Tagesordnung für die heutige Plenarsitzung des Reichsrats vorzubereiten. Bei der Beratung der Amnestievorlage erhoben die Vertreter Wagners, Württemberg und Baden sowie ein Teil der preußischen Vertreter Einspruch gegen die Amnestie. Es zeigte sich, daß vor allem die Führer des Zentrums alle Mühen sprangen, um die Amnestievorlage zu sabotieren. Die Saboteure im Reichsrat verhinderten eine Beschlußfassung der Sitzung, so daß die Amnestievorlage heute überhaupt nicht in der Vollziehung des Reichsrats beraten wird. Es ist zunächst eine weitere Vollziehung des Reichsrats zum 20. Dezember angelegt, doch heißt das Zentrum, bis dahin die nötigen Stimmen zur Ablehnung der Vorlage zusammenzubringen.

Wenn der Reichsrat ablehnt, mußte der Reichstag noch einmal mit Zweidrittelmehrheit für die Amnestievorlage stimmen. In dieser Stellungnahme der Nazis herbeizuführen. Bei den gegenwärtigen Verhandlungen über die Befreiung der Ministerliche von Preußen

wird vom Zentrum diese Frage aufgerollt. Es zeigt sich, wie notwendig es ist, daß die kommunistische Reichstagsfraktion fordert, der Reichstag solle in den nächsten Tagen mit der Amnestie treten. Entscheidend dafür, ob die Amnestie durchgesetzt wird, ist jedoch die Verstärkung des Kampfes der Millionen Werktätigen um die Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen.

Ebenso, wie nur der Massenbrand den Vertretern der Bourgeoisie im Reichstag Zugeländnisse zur Amnestie abtrotzte, ebenso kann auch jetzt nur Massenbrand und Massenkampf der Werktätigen um ihre gefangenen Kameradengenossen die Sabotage der Amnestie verhindern. Es ist kennzeichnend für das allezeitliche Zentrum, daß es an der Spitze steht bei dieser Sabotage der Amnestie, „Freude auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ — heucheln sie in wenigen Tagen wieder. Dabei aber tun sie alles, Tausende von ehrlichen proletarischen Kämpfern in den Kojen mit ihrer christlichen Kultur zu halten.

Heraus mit den proletarischen politischen Gefangenen! Bestärkt den Kampf um ihre Freilassung!

Nazis stimmen für SPD-Zörgiebel

Im Preußenlandtag eine Front von Nazis bis SPD für Verbot der SPD-Presse, für Schleicher-Kurs, Lohnabbau und faschistischen Terror

(Eig. Drahtm.) Berlin, 15. Dezember.

In der gestrigen Sitzung des Preussischen Landtags protestierte Genosse Kasper gegen die achtsamen Resolutionen gegen die SPD. Wegen der Auflösung der Reichsparteitage in Dortmund und Gießen beantragte die kommunistische Fraktion die Abweisung des Dortmunder sozialdemokratischen Volkspräsidenten Zörgiebel und des Gießtiner sozialdemokratischen Volkspräsidenten Mauer. Ferner beantragte die kommunistische Fraktion die sofortige Aufhebung des Verbotes der gesamten kommunistischen Presse im Rhein- und Ruhrgebiet.

Bei der Abstimmung stimmten die Nazis zusammen mit den Sozialdemokraten sowohl gegen die Abweisung Zörgiebels und Mauer als auch gegen die Aufhebung der Verbotssätze. Die Nazis haben also SPD-Faschismus und Mauer gestützt.

Sie stimmten gegen die Aufhebung der Verbotssätze, um so zu verhindern, daß die kommunistische Presse die Massen der Arbeiter gegen faschistischen Terror, Lohnabbau und für Winterhilfe mobilisiert.

So erfüllen die Nazis ihre Tolerierungspolitik gegenüber der Schleicher-Regierung. SPD und Faschismus in trauter Eintracht verbunden in der Durchführung der faschistischen Politik.

Angenommen wurde im Landtag ein kommunistischer Antrag, der fordert, daß sämtliche preussischen Vertreter im Reichsrat für die Annahme vorlage stimmen sollen.

Hitler-Regierung droht

Nazikuhhandel mit Hugenberg um Ministerstempel

(Eig. Drahtm.) Berlin, 15. Dezember.

Auf Wunsch Hitlers hat der nationalsozialistische Präsident des Preussischen Landtages, Kasper, die deutschen nationalen Abgeordneten Winterfeldt und Kord zu einer Besprechung eingeladen, die gestern begonnen hat. Hitler ließ an die Deutschnationalen die Bitte richten, doch Minister für ein preussisches Koalitions-Kabinett — Nazi, Zentrum, Deutschnationale — zu stellen. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt. Sie zeigen, daß Hitler, veranlaßt durch die schmerzhaften Erfahrungen der letzten Wahlen, bereit ist, in Preußen eine Koalitionsregierung mit den Deutschnationalen zu bilden und sich mit Ministern an der jetzt schon tolerierten Schleicher-Regierung zu beteiligen.

Arbeiter, Alarm! Bildet die rote Einheitsfront gegen Hitler-Regierung!

„Vorwärts“ und „Völkischer Beobachter“ in der Tolerierungsfrent für Schleicher

Die Tolerierungsfrent von der SPD bis zu den Nazis ermöglicht der Generalschicht ihre Existenz. Mit den raffinierten Betrugsmethoden verfolgen die SPD und Naziführer diese Tolerierung vor ihren Wählern zu verheimlichen. Wie diese Tolerierung auch in der Presse der SPD und Nazi fast mit den gleichen Worten den Massen mundgerecht gemacht werden soll, zeigt folgende Gegenüberstellung:

„Vorwärts“ (vom 2. Dez.) „Völkischer Beobachter“ (v. 14. Dez.)
„Trotzdem kann gesagt werden, daß wir begrüßen diesen ersten Schritt zu einem noch stärkeren Abbau des Systems ein ermutigender Anfangsweg darstellt.“
„SPD und Nazis als die beiden Flügel des Faschismus er-

Der Schleicher-Kurs

Wahlentziehung der Jugend

Der Staatspräsident von Baden für Heraushebung des Wahlalters auf 25 Jahre

Der badische Staatspräsident gab am 13. Dezember in einer Pressebesprechung Erklärungen ab, wonach die badische Regierung die Senkung des Wahlalters auf 25 Jahre vorbereitet. In Baden wurde 1931 eine Notverordnung erlassen, die die Zahl der Abgeordneten des Landtages auf 65 festlegte. Nun soll auch ein neues Wahlverfahren ausgearbeitet werden. Dabei will die badische Regierung das Wahlalter auf 25 Jahre heraufsetzen, d. h. den wertvollen Jugendkörper des Wahlrechts nehmen.

Es ist klar, daß damit die badische Regierung, die vom Zentrum beherrscht wird und von den Nazis und der SPD die bis zum letzten offenen Koalitionspartei war, still, aber desto nachdrücklicher gestützt wird, der Wegbereiter für die Wahlentziehung der Jugend in ganz Deutschland sein soll. Die Antwort der Arbeitermassen und besonders der Arbeiterjugend muß der verärgerte geschlossene Kampf gegen Wahlrechtsraub und Faschismus sein.

„Tribüne“ fünf Tage verboten

Nach dem Verbot der gesamten kommunistischen Rhein-Ruhr-Presse hat nunmehr der Oberpräsident der Provinz Sachsen auch die Magdeburger „Tribüne“ auf fünf Tage verboten.

Auch dieses Verbot charakterisiert den Schleicher-Kurs in Deutschland.

Die Arbeiter müssen in allen Betrieben, Stempelstellen und Gewerkschaften die Stimme des Widerstandes erheben. Werkt neue Väter für die kommunistischen Zeitungen! Verteidigt eure Freiheit! Organisiert die Einheitsfront gegen die faschistische Diktatur!

Polizei gegen „Volkshilfe“

(Eig. Meldung.) Halle, 15. Dezember.

Wie wir erfahren, fanden gestern in den Büros und bei den Vertrauensleuten und Abteilern der parteipolitisch vollständig neutralen Solidaritätsorganisation „Volkshilfe“ Besprechungen statt, bei denen die Polizei die Geschäftsführer befragte. Man verlorst „nachzuweisen“, daß die „Volkshilfe“ etwas mit dem verbotenen Verband proletarischer Freidenker zu tun hat. Da ein solcher „Nachweis“ nicht möglich ist, werden wir gebeten, mitzutreten, daß der Geschäftsbetrieb der „Volkshilfe“ nach wie vor ungestört und ohne Bedenken für die Mitglieder vorzugehen ist, daß ihre Ansprüche irgendeiner Gefahr nicht ausgesetzt sind.

gängen sich im Vertrag an den Massen, einen Schleicher als das kleinere Übel gegenüber ihnen hinzustellen.

Die Verantwortlichen müssen diesen Vertrag erkennen und unter Führung der SPD in der Einheitsfront den Kampf gegen jede faschistische Diktatur organisieren.

Schleicher für die Reichen, gegen die Armen

Kämpft mit der SPD für die Armen, gegen die Reichen!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 15. Dezember.

Die Schleicher-Regierung hat gestern eine Kabinettsitzung abgehalten. Es wurde beschlossen, das System der Steuergutscheine für die Untertnehmer beizubehalten. Der Abschluß der Lohnabbau-Notverordnung vom 5. September wurde in der zweifelhafte Haltung gutgeheißen, wie wir gestern bereits meldeten. (Siehe nachfolgenden Bericht.)

Ueber die Winterhilfe für die Arbeitslosen wurde gesprochen, jedoch wurden keine Beschlüsse gefaßt. Für Sonnabend wurde der Erlass einer neuen politischen Notverordnung ins Auge gefaßt, die sowohl das Abklingen des Republikstüchteleins Seelen, wie die am 4. Juni erlassenen politischen Notverordnungen ersetzen und zusammenfassen soll.

Alle diese Beschlüsse kennzeichnen den „sozialen General“-Schleicher und seine Regierung. Sie sind ein Schlag ins Gesicht der hungernden Arbeiter und Erwerbslosen.

Verstärkter Kampf um Wiedereroberung des geraubten Lohnes tut not!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 15. Dezember.

Im „Reichsmessenger“ wird eine Verordnung der Reichsregierung über die Aufhebung der „Verordnung zur Vernehmung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit“ veröffentlicht. Die Verordnung trägt das Datum vom 14. Dezember und hat folgenden Wortlaut:

Wird auch Goebbels beurlaubt?

Der Nazi-Führer-Krach verschärft sich

Die Nazianhänger im Gau Brandenburg verlangen ein eigenes Blatt!

Die Vorgänge in der Führung der NSDAP riefen trotz aller Demüts weiter Kreise. Goebbels, der Führer des deutschen Berlins, verlor die dem Konflikt zwischen Hitler und Straßer nach Möglichkeit seine eigenen Gesinnung zu machen und seine Karriere zu beschleunigen. Bekanntlich schrieb er im „Angriff“, daß es für die NSDAP egal sei: — „ob ein Gregor Straßer die Partei verläßt oder nicht.“ Das hat ein anderer Schrift sehr verschmüpft, da in Straßer gerade in Berlin sehr starken Anhang hatte.

Auf dem Gaudag Brandenburg der NSDAP, der am letzten Sonntag in Berlin stattfand, wurden deshalb auch schwere Angriffe gegen Goebbels laut. Der Gauleiter Dr. Schlang er erklärte zu dem Konflikt: „Brandenburg steht ebenso fern hinter Hitler wie hinter Straßer.“ (?) Außerdem nannte er die „Angriff“-Redaktion „Nachtigallen“ (das ging vor allem gegen Goebbels) wegen jener gefälligen Bemerkung gegen Straßer. Die Angriffe gegen Goebbels wurden so hart, daß schließlich die Mehrheit des Gaudages offen gegen den Goebbelschen „Angriff“ Stellung nahm und förmlich ein eigenes Organ für Brandenburg verlangte.

Angemessen war aber auch Hitler und sein Einfluß nicht möglich. Er will sich offenbar bei der Mithildigkeit des Gaus Brandenburg behelb machen, indem er ihre Forderungen nach einer besonderen Zeitung sofort nachkommt. Das ist gleichzeitig ein schwerer Schlag

Die Schuld der IG-Direktion

APD hat recht behalten — Sprengstoffvorräte sind in Bremen explodiert!

Bei der Untersuchung der Katastrophe, die sich am 7. Dezember im IG-Farbenwerk Bremen ereignete, wurde festgestellt, daß nicht eine Sauerstoffflasche, sondern Sprengstoff explodiert ist.

Beim ersten Bekanntwerden der Katastrophe von Bremen hat der „Klassenkampf“ festgestellt, daß die Explosion einer Sauerstoffflasche nicht die Folgen haben kann, die dort in Bremen aufgetreten sind, und daß die gesamte Befehlshaber über die Ursache des Unglücks und die volle Schuld der Direktion nur einer Meinung ist. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat sofort in der Reichstagsitzung durch den Gen. Herzm ebenfalls die Tatsache festgestellt und einen Antrag stellen lassen, der strenge Untersuchung unter Mitwirkung der Reichswehr, Übernahme der Verordnungs- und Befehlshaberstellen und Lebensgefährliche Renten für Witwen und Dauerrenten verlangte. Diese Anträge wurden dann auch unter dem Druck der Massenfraktion am 10. Dezember angenommen.

Ebenso stellte die kommunistische Fraktion im Preussischen Landtag bereits am 8. Dezember einen Antrag (Nr. 1392), in dem festgestellt wurde: „Die erdennende Methode der Betriebsleitung, die Schuld an dem Unglück auf die Unachtsamkeit eines der getöteten Bediensteten abzugeben zu wollen, muß mit Empörung zurückgewiesen werden. Umfang und Art der Zerstörung lassen klar erkennen, daß nicht eine explodierende Sauerstoffflasche die einzige Ursache des Unglücks gewesen sein kann. Es müssen in den Kammern entweder hoch explosive Gas- oder Sprengstoffvorräte vorhanden gewesen sein. In beiden Fällen liegt der Verursacher die volle Schuld.“

Weiter gibt es in dem Antrag: „Die Gewerkschaftsbehörde hat offenbar ihre Aufsichtspflicht diesem gefährlichen Kriegsvorgang gegenüber ebenfalls gelöst.“

In diesem Zusammenhang stellt dann die Fraktion den Antrag, 1. die IG-Farbenindustrie IG zu zwingen, eine lebensgefährliche

Betriebsarbeiter für die Partei

In Gießen hat sich eine Gruppe toter Sportler. Jetzt ist es gelungen, dort eine Ortsgruppe der SPD zu gründen. Seit dem 6. November wurden dort 61 neue Mitglieder gewonnen, darunter

16 Freigewerkschaftler

und eine Reihe Großbetriebsarbeiter. Es wurde eine Betriebszelle gegründet.

Eine Straßengasse in Frankfurt hatte sich im Rahmen des Hilfsmanagements zum Ziel gesetzt, 20 Betriebsarbeiter und -arbeiterinnen für die Partei zu werden. In kurzer Zeit konnten 15 Betriebsarbeiter und -arbeiterinnen neu für die Partei gewonnen werden.

Die Verordnung zur Vernehmung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. 9. 1932 (Reichsgesetzblatt I, Teil, Seite 453) tritt hinsichtlich ihres ersten Teiles am 31. 12. 1932, im übrigen am 31. 1. 1933 außer Kraft.

Bei ein Arbeiter am Tage der Verkündung der vorliegenden Verordnung von dem ersten Tage der Verordnung vom 5. 9. 1932 an, gemocht und notwendige Vorkehrungen, deren Erledigung ihm beim Bedarf der Arbeitsunterstützung erschwerten Schaden verursachen sollte, so kann auf seinen Antrag der Schleicher für den Bereich über die Betriebsbeurteilung mit hinüber Wirkung anordnen, daß die Vernehmung oder Ermächtigung zur Arbeitsunterstützung unter den bisherigen gesetzlichen Voraussetzungen bis zum 31. Januar 1933 bestehen bleibt. Anträge, die nach dem 31. Dezember 1932 bei dem Schleicher eingehen, sind nicht zu berücksichtigen.

Damit wird wünschenswert zu dem genannten Termin nur die gezielte Ermächtigung für die Unterzeichnung des Tariflohnens aufgehoben. Der auf Grund der Notverordnung vorgenommene Lohnabbau wird jedoch nicht ohne weiteres rückgängig gemacht. Den geräubten Lohnanteil müssen sich die Arbeiter in den Betrieben erst zurückerobern. Es muß sofort die Rückgängigmachung des Lohnabbaus gefordert und erzwungen werden.

Schleicher tekt den Wapen-Kurs fort

(Eig. Drahtm.) Berlin, 15. Dezember.

In der Sitzung des Hauptauschusses des Reichsverbandes der deutschen Industrie hielt gestern Reichswirtschaftsminister Wambsler eine Rede, in der er erklärte, daß die Schleicher-Regierung das Wirtschaftsprogramm Wapens weiter verfolgen und daß insbesondere die Steuerpolitik für die Unternehmer bleiben werden.

gegen Goebbels. Am „Völkischen Beobachter“ wird nämlich bekannt gegeben, daß am 1. Januar 1933 der „Völkische Beobachter“ in Berlin, und zwar in einer Berliner Ausgabe und in einer norddeutschen Ausgabe erscheint, in München erscheint nur noch die Münchner und die süddeutsche Ausgabe. Gleichzeitig werden in Berlin einige andere „Führer“, die zuverlässiger erscheinen als Goebbels, fast in den Vordergrund gestellt. So u. a. Schumann, der Leiter der Betriebszellen-Organisation, der Hitler besonders auch vom Standpunkt der sozialen Propaganda und Demagogie geeigneter als Goebbels erscheint.

Der eingestampfte Straßer

Am 17. Dezember sollte die Nr. 51 des „Illustrierten Beobachters“ herauskommen. Diese Nummer durfte nun auf Befehl des Braunen Hauses nicht erscheinen und wurde eingestampft. Warum? In dieser Nummer war ein Artikel mit den notwendigen Illustrationen abgedruckt, die Gregor Straßer als rechts Hand Adolf Hitlers verheimlichen. Die Abkündigung hatte zur Folge, daß diese Nummer des „A. B.“ auf Befehl nicht erscheinen darf.

Rente von 200 Mark monatlich an jede Witwe und jeden Dauerrentenbesitzer und je 50 Mark monatlich für jeden Unterhaltsberechtigten zu zahlen;
2. die Schuldigen der Werkverwaltung und der Gewerbaufsichtsbefehde einer strengen Strafe und Disziplinarstrafe zu zuführen;
3. die Zahlungen nach Ziffer 1 in Höhe von Staatsmitteln zu zahlen, solange die IG-Farbenindustrie 100 nicht freiwillig zahlt oder durch Urteil zum Zahlen gezwungen ist.

Bei der jetzt eingeleiteten Untersuchung mußte festgestellt werden, daß

die Kommunisten mit ihrem Hinweis auf eine Sprengstoffexplosion Recht behalten haben.

Zunächst hat die Firma I.G. in Rathenow, die die Schloßarbeiten ausführte, bekanntgegeben, daß sämtliche drei Werkstatthaltern unbeschädigt und in gutem Glauben worden sind. Es war also nichts anderes als ein Verleumdung, der der bürgerliche Presse vom IG-Farben-Direktion erwies, wenn er irgendwo über die „Kontraktion“ und die „Schleierquellen“ dieser Stahlhüttenwerke. Wie unbeschädigt kann nur Sprengstoff in Frage kommen, der sich in einer Zentrifuge befindet, ohne daß den im Raum Arbeitenden von der Direktion entsprechende Verhaltensmaßnahmen gegeben worden wären. Wir wiederholen deshalb heute:

Schuld an der Vernichtung von 12 Arbeiterleben ist die schrankenlose Ausbeutung in dem IG-Farben-Betrieb. Die Schuldigen müssen für den Worts an 12 Arbeiter zur Verantwortung gezogen werden. Wir verwehren noch einmal auf den Hinweis des internationalen Komitees der Fabrikarbeiter an alle Gewerkschaften, in dem es heißt: „Chemierbeiter, weil dießelbe Geschick täglich auch droht, jedoch in allen Betrieben Sicherheitskommissionen. Der beste Schutz für euer Leben und für eure Gesundheit ist der Kampf aller Arbeiter gegen kapitalistische Ausbeutung!“



Weltbrandstifter schüren das Feuer

Gewaltige Zuspitzung des Kriegsschuldenkonflikts — Frankreich und Belgien verweigern Dezemberzahlung — Herriot gefürzt — England droht mit Eintreibung der Kriegsschulden — Nur eine Kraft kann die Kriegslasten beseitigen: Der internationale Kampf des Proletariats!

Paris, 15. Dezember. Die letzten 24 Stunden haben eine gewaltige Verschärfung des imperialistischen Konflikts in der Kriegsschulden- und damit auch gleichzeitig in der Tributfrage gebracht. Heute morgen um 5 1/2 Uhr nahm die französische Kammer mit 402 gegen 187 Stimmen den Beschluß an, die am 15. Dezember fällige Kriegsschuldenrate an die Vereinigten Staaten nicht zu zahlen. Da die Regierung Herriot für die Einhaltung des Zahlungstermins eintrat und die Verkauftage gestellt hatte, wurde sie durch diesen Beschluß gefürzt.

Das belgische Kabinett Spaakville beschloß ebenfalls, die Kriegsschuldenrate am 15. Dezember nicht zu zahlen und erklärte gleichzeitig seinen Rücktritt.

Gleichzeitig fand auch im englischen Unterhaus die Debatte über die Kriegsschuldenfrage statt. Der einflussreiche tonerater Abgeordnete Churchill richtete an die Regierung die Frage, was sie unternehme, um auch von Frankreich und Italien die Schulden einzuziehen. Der Schatzkanzler Neville Chamberlain antwortete darauf, das Abkommen über die französischen Kriegsschulden an England bleibe im vollen Umfang bestehen, solange nicht eine allgemeine Revision der Kriegsschulden vorgenommen worden sei. Die Aussetzung der Zahlung der Reparationen und Kriegsschulden solle zwar vorläufig in Kraft bleiben, aber alle aus den bestehenden Abkommen sich ergebenden Rechte werden aufrechterhalten. Die Frage der Kriegsschulden und Reparationen gehörte zusammen.

Diese drei Ereignisse im französischen und englischen Parlament sowie im belgischen Kabinett zeigen die Lage im Kriegsschuldenkonflikt. Von einer Einheitsfront der Schuldnermächte gegen den amerikanischen Imperialismus kann keine Rede mehr sein. Die Aufrollung der Kriegsschuldenfrage hat die gesamten Gegensätze unter den imperialistischen Staaten ungeheuer verschärft. Der französische Imperialismus erklärt, nicht eher zahlen zu wollen, als bis er Tribute von Deutschland erhält. Der englische Imperialismus droht offen und unverhüllt mit der Eingebung der Kriegsschulden Frankreichs, Italiens und fast aller europäischen Staaten. Und hinter diesem Kampf um die Kriegsschulden und Tribute steht der gesamte Komplex der imperialistischen Gegensätze, der Kampf um die Kriegserlöse, der Kampf um die Vorherrschaft am Stilleen Ozean, der Kampf um die Vormachtstellung am europäischen Kontinent, kurzum, der Kampf der imperialistischen Mächte um die Neuaufrichtung der Welt, der durch die Zuspitzung im Kriegsschuldenkonflikt eine neue, erhöhte Spitze erlangt hat.

Schon droht der amerikanische Imperialismus mit Repressalien auf dem Gebiete des Wirtschaftskontakts gegen Frankreich und Belgien. Die französische Bourgeoisie betreibt eine unerbittlich chauvinistische Kampfkampagne und Hebe aus Erzeugung aller möglichen Kriegsschulden. Die chauvinistische Wirtschaftspolitik, die zur Sprengung der imperialistischen Abkommen und Verständigungen führte, wird weiter verschärft, und diese Verschärfung peinst die Imperialisten immer mehr dazu, die Frage der Neuaufrichtung der Welt auf die Tagesordnung zu setzen.

Die berechtigten Empörung der wertaktigen Massen gegen die zermalenden Kriegslasten und Tribute wird von der Bourgeoisie ausgenutzt, um eine chauvinistische Kriegssche zu entfalten, die in ihren Ausmaßen an die Hebe vor dem Ausbruch des Weltkrieges 1914 und an die Tage vor dem Zusammenbruch 1929 erinnert. Die Verneinung der Kriegsschuldenzahlung durch das Parlament der französischen Bourgeoisie hat nicht das geringste zu tun mit der Förderung der französischen Wertaktigen auf Umvulterung aller Kriegsschulden und Tributlasten. Die französische Bourgeoisie pregt aus den Massen des wertaktigen Volkes Frankreichs Willkür in der Summe für ihre phantastischen Kriegserlöse heraus, die dem französischen Imperialismus die Aufrechterhaltung des Versailles Systems und seiner Vormachtstellung sichern sollen.

Niemals kam die Tatfrage so deutlich zum Ausdruck wie heute,

daß die chauvinistische Kriegssche, daß die imperialistische Politik der kapitalistischen Länder, daß der Chauvinismus den Wertaktigen keine Befreiung von den Kriegs- und Tributlasten, sondern nur imperialistischen Krieg, neues Elend und neue Lasten bringen können. Der amerikanische Imperialismus, der 14 Millionen Arbeitende und Zehntausende von Kriegsveteranen ohne Unterstützung verhungern läßt, fordert die Milliarden-Kriegsschulden nicht, um damit das Elend der wertaktigen Massen zu lindern, sondern um sie in den Klauen der immerlaffenden Industrien und Bankmagnaten zu werfen. Die imperialistische „Lösung“ der Schulden- und Tributfrage liegt so aus, daß der englische Imperialismus, wenn er zahlen muß, von Frankreich und seinen anderen Schuldnern die Bezahlung seiner eigenen Schulden fordert, wofür dann Frankreich sich an den Wertaktigen Deutschlands schuldig halten will. Niemals ist die Bourgeoisie imstande,

die Tributfrage zu „lösen“, es sei denn durch Krieg, dessen Blutrechnung von den wertaktigen Massen aller Länder bezahlt werden muß.

Aus einem Ausweg gibt es: das ist der Ausweg, der in der Proklamtion der deutschen und französischen Kommunisten gezeigt wird: die enge Verbrüderung der Proletarier Deutschlands und Frankreichs, Englands und Amerikas. Indem das Proletariat jedes Landes in dieser gemeinsamen internationalen Front den Kampf gegen seine eigenen Tributräuber und Kriegstreiber aufnimmt, für die Zerstückung aller imperialistischen Raub- und Tributverträge kämpft, ist es die Kraft und die einzige Kraft, die durch ihren Kampf die Vernichtung aller Tribute und Schuldenabkommen erreicht, die in gleicher Weise auf den Schultern der Wertaktigen Deutschlands, wie derjenigen Frankreichs, Englands und Amerikas lasten.

Japanische Drohungen gegen USSR.

Die Wut der Kriegstreiber über die erfolgreiche Friedenspolitik der Sowjetunion

Der neue Erfolg der sowjetischen Friedenspolitik, die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und China, die Wut der japanischen Imperialisten hervorgerufen, die in jedem Friedensschritt eine Bedrohung ihrer imperialistischen Kriegspolitik erblicken. Der Vertreter des japanischen Außenministeriums hat Erklärungen abgegeben, die als offene Drohungen gegen die Sowjetunion anzusehen sind. Er sagte u. a.: „Die Elemente, die am meisten den Frieden bedrohen (?), die Sowjetunion und China, haben einander die Hände gereicht. Vor den anderen Mächten stellt damit die Frage, wem man die Herrschaft im Osten überlassen soll, den Kräften der Zerstörung oder den Kräften des Aufbaus. Im Vergleich zu dieser Frage ist die manövrierfähige Frage untergeordnet. China hat einen großen Fehler gemacht und wird sich dadurch die Sympathien der Mächte verdienen. Litwinows letztes Interview bedeutet offenbar, daß die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten hoffen, durch gemeinsames Vorgehen den japanischen Kurs auf dem asiatischen Kontinent anzuhalten. Litwinow bedroht also indirekt Japan.“

Noch deutlicher als diese prokolatorischen Erklärungen des Vertreters des japanischen Außenministeriums wird ein halbamtlicher Kommentar der japanischen Regierungspresse, in dem zum wiederholten Male erklärt wird, Japan habe die notwendigen Vorbereitungen zur Erhaltung des Friedens (was die japanischen Kriegstreiber schon „Frieden“ nennen) im Fernen Osten bereits getroffen. Japan habe nicht vergessen, daß der russisch-japanische

Krieg von 1905 eine Folge des russisch-chinesischen Geheimvertrages von 1896 gewesen sei.

Im Zusammenhang mit den letzten Äußerungen Matsukas im Bülterbund und gegenüber der weltbürgerlichen Zeitung „Koslebnja Rowost“ zeigen diese Erklärungen der japanischen Regierung deutlich den Kriegstypus Japans, das sich den imperialistischen Mächten als Vorposten gegen die Sowjetunion anstellt. Die japanischen Kriegsdrohungen lassen deutlich die Gefahr erkennen, die den Wertaktigen der ganzen Welt und ihrem sozialistischen Vaterlande drohen. Das Proletariat unterstützt mit allen Kräften die konsequente Friedenspolitik der Sowjetunion. Es begrüßt den neuesten Erfolg dieser Friedenspolitik, der in der Wiederaufnahme der Beziehungen zu China zum Ausdruck kommt. Das proletarische Vaterland will keinen Krieg, aber die imperialistischen Räuber sollen wissen, daß nicht nur die Wertaktigen der Sowjetunion, sondern mit ihnen die Wertaktigen der ganzen Welt bereitstehen, um die imperialistischen Anschläge auf das sozialistische Bollwerk des Friedens mit aller Entschiedenheit abzuwehren.

Der „Vorwärts“, der noch vor einigen Tagen die Frechheit besessen hat, zu schreiben: „Moskau fesselt Japans Raub“, hat die Dreistigkeit, auch jetzt angesichts der japanischen Kriegsdrohungen gegen die Sowjetunion seine Wägen zu wiederholen. Der „Vorwärts“ vom Dienstagabend beschließt den Arbeitersaats der „Unterwürfigkeit“ gegenüber Japan. Er wiederholt die längst widerlegten Wägen von der Anerkennung Mandchus durch die Sowjetunion und schreibt: „Sie (die Sowjetunion) hat als erster Staat die manövrierfähigen Staatsmänner Tolstos durch die Zulassung eines besonderen Geschäftsträgers in Moskau praktisch anerkannt...“

Die „Vorwärts“-Redakteure wissen, daß das eine Wägen ist. Es gibt keinen „manövrierfähigen Geschäftsträger“ in Moskau. Aber den sozialdemokratischen Kriegshehnen ist jede Lüge recht, um das proletarische Vaterland zu beschimpfen.

Dem Betrug wird die Krone aufgesetzt, wenn der „Vorwärts“ an die imperialistischen Staaten appelliert, sie sollten Japan Einhalt tun. Diese imperialistischen Staaten sind in Wirklichkeit im Bunde mit den japanischen Räubern. Es gibt nur eine Kraft, die den japanischen und allen imperialistischen Kriegstreibern Einhalt gebieten kann. Das ist die Kampftruppe des internationalen Proletariats.

1. Januar — erster Tag des zweiten Fünfjahresplanes!

Moskau, 14. Dezember. Auf Initiative der Arbeiter einer Reihe Leningrader, Moskauer, Minister und anderer Betriebe wurde der 1. Januar, zugleich der erste Tag des zweiten Fünfjahresplans, zum Starttag erklärt. In den Betrieben werden im Laufe der Vorbereitung dieses Tages die sozialistischen Wettbewerbverträge geprüft und erneuert.

nehmen, das in der „Medizinischen Gesellschaft“ tagt und mit der die Auslandschaffter der Menschewiken in Verbindung standen.

Genosse Awilow sprach sich im Namen der Bolschewiken sehr scharf gegen die Hebergabe der Barrikaden aus. Er drückte seine Bewunderung darüber aus, daß die Menschewiken ihren Beschluß, die sie erst gestern Abend fahnen, umfährten. Er wies darauf hin, daß das Risiko und die Gefahr eines bewaffneten Zusammenstoßes gestern Abend nicht geringer waren als heute morgen.

Die Nachricht über einen Barrikadenkampf in Charkow wird in dieser revolutionären Stimmung, in der sich das ganze Land befindet, ein Signal für einen allgemeinen Aufstand sein. Deshalb verlangte Genosse Awilow, daß die Barrikaden nicht kampflöslich zu übergeben seien. Im Gegenteil: der Kampf muß gelieft werden. Jetzt heißt es: liegen oder sterben!

Die Frage kam zur Abstimmung. Die Bolschewiken stimmten einmütig für den Kampf, die Menschewiken und Studenten für die Kapitulation.

Als die menschewistische Mehrheit der Studenten erfuhr, daß das „Kampfkomitee“ sich für die Hebergabe der Barrikaden unter „ehrenvollen Bedingungen“ ausgesprochen hatte, stimmten sie ebenfalls dafür.

Bevor die Frage zur Abstimmung kam, machte ich einen Rundgang durch die Barrikaden, um die Stimmung der Kämpfer kennen zu lernen. Nicht weit von unseren Barrikaden, in nächster Nähe unserer Hauptposten, erblickte ich die grauen Reihen der Soldaten. Nicht nur ihre Gesichter waren deutlich zu sehen, man hörte sogar jedes Wort, das sie miteinander sprachen. Es war ein hitzer Morgen. Eine durchdringende Feuchtigkeit ließ die Barrikadenkämpfer und Soldaten vor Kälte zittern. Plötzlich entstand in der grauen Masse der Soldaten eine Bewegung, die Reihen teilten sich. Durch den entstandenen Riß trat ein Rabe. Am in den Dom zu gelangen, mußte er unsere Barrikaden passieren. Langsam näherte er sich unserem Hauptposten, dem Genossen Dubromin. Die Wäde der Soldaten bohrten sich in ihn. Voller Neugierde beobachteten sie, was er tun, was er sagen werde.

„Salt!“ schrie Genosse Dubromin und machte kein Gemehr schubbereit. „Jurist! Wobin galoppierst du da, du blasser Gengst!“ Ein lüftiges Lachen erklang in den Soldatenreihen, als sie sahen, wie der erschrockene Rabe mit kleinen Schritten, sich in seinen Priesterrod verwickelnd, zurückließ.

(Schluß folgt)

A. Schrapowalow

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

63. Fortsetzung

Seiner Meinung nach war die Stimmung für den bewaffneten Aufstand unter der Arbeiterschaft so günstig, daß sie sich zweifellos auf das Militär übertragen würde, welches die nahe Verbrüderung mit den Arbeitern auf den Barrikaden ohnehin vollständig demokratisiert — wie es bis jetzt immer der Fall gewesen. Die Möglichkeit eines Sieges über die Selbstherrschafft und eines Triumphes der Revolution ist also nicht ausgeschlossen.

Darauf wurde ein Beschluß angenommen, die Mehrzahl der Anwesenden — unter denen es viele Frauen gab, die mit den Weibern nicht umgehen verstanden — zu bitten, die Barrikaden zu verlassen. Dann schloß die Menschewiken die Wahl des radikalen Studenten Nikolaj (Pawlowitsch), der mit ihnen sympathisierte, zum Kommandanten der Barrikaden vor. Er war gewesener Arbeiteroffizier und konnte sich daher in militärischen Dingen aus. Mit diesem gegen neun Stimmen wurde er gewählt. Die Wahl Pawlowitschs, der den Menschewiken nahe stand, zum Kommandanten, die nachher auch von der allgemeinen Verammlung aller Barrikadenkämpfer bekräftigt wurde, bewies, daß sowohl im „Kampfkomitee“, wie auch unter den Barrikadenkämpfern die Mehrheit — dreiessen zu neun — zu den Menschewiken gehörte. Durch dieses Verhältnis war der Ausgang des Kampfes schon von vornherein bestimmt.

Die Universität, der Tempel der Wissenschaft, wurde von der Revolution in ihre Stellung umgewandelt, in der im Laufe des Tages über zehntausend Menschen ein- und ausgingen. Gegen Abend ging die Zahl der Kämpfer aber auf zehntausend hinunter. In der Nacht waren noch weniger da, von denen ungefähr hiebenhundert bewaffnet waren.

Nachdem ich noch langweiligen Sitzungen im „Kampfkomitee“ meinen Tagesdienst beendet hatte, legte ich mich auf den Fuß-

boden in einem der Stühle der Universität. Todmüde von der enigen revolutionären Arbeit schloß ich sofort fest ein. In der Nacht wurde ich durch ein großes Licht und durch eine ganz seltsame Prozession, die sich durch die Stühle bewegte, geweckt. An Spitze dieser Prozession gingen einige Offiziere, sie trugen ein und ziefen:

„Vorwärts! Wir tragen Bomben! Dynamit!“

Imen folgten dreißig Genossen, die auf zehn großen Tafeln in vorrächtiger Weise schwarze Kugeln trugen und ebenfalls „Vorwärts! Bomben! Dynamit!“ schrien.

„Das ist gut, daß wir Dynamit haben — dachte ich, mich wieder auf den Boden legend —, jetzt werden wir uns gut verteidigen können!“

Ich glaube aber, daß es eine Kriegsschlacht war, die der Kommandant oder jemand anderes ausgedacht hatte. Dann dieser Vorkauf unter dem Offiziersstab die Vorstellung, daß die Barrikadenkämpfer so eine Unmenge Dynamit besitzen, daß sie sogar die Zugänge zu den Barrikaden unterminiert hätten.

Am frühen Morgen, es dümmerte kaum, wendeten mich die Genossen. Es kolkete sie viel Mühe, mich aus dem Schlaf zu reißten. „Wau! Wau! Wau!“ schrien sie und schüttelten mich sehr. „Scheiß Sie doch auf! Wie ist es schief, hol ihn der Teufel! Sie müssen zu einer Sitzung des „Kampfkomitees“, eine dringende und wichtige Frage muß durchgesprochen werden...“

Die Sitzung wurde vom Genossen Simon-Rokaschewitsch eröffnet. Es war an seinen Gesicht zu sehen, daß er die ganze Nacht nicht geschlafen hatte, erschöpft und erregt war. Ich erinnere mich ganz genau — trotzdem inzwischen so viele Jahre verstrichen sind — an seine beiden Neben. Er sagte, die Situation habe sich im Laufe der Nacht vollständig geändert. Die Barrikaden wären, nach Meldung der Auslandschaffter, seit vier Uhr freilich von allen Seiten von Militär umzingelt. Neben die Barrikadenkämpfer auf den Barrikaden, so geht das Militär in Angriff über, und dann müsse der Kampf aufgenommen werden. Es hielt sich aber heraus, daß dies ganz unmöglich sei: wir haben überhaupt keine Waffen. Die Mehrzahl der Kämpfer ließ nur mit Jagdgewehren und Schrotbüchsen versehen, mit denen man unmöglich gegen das glänzende bewaffnete Militär kämpfen kann. Der einzige Ausweg bleibt, sich unter logenannten „ehrenvollen Bedingungen“, die das Militärkommando auch gewähren will, zu ergeben. Die Rolle des Vermittlers zwischen dem Militärkommando und den Barrikadenkämpfern will das „Komitee zum Schutz der Stadtbesitzer“ über-

RUND UM DEN ERDBALL

Schwere gesundheitliche Schädigungen

Folgen der Arbeitslosigkeit — Was bürgerliche Wissenschaftler feststellen

In der vergangenen Woche tagte in Berlin die „Internationale Hygiene-Kommission des Völkerbundes“, die sich drei Tage lang mit dem Methoden auseinandersetzte, die geeignet sind, Untersuchungen über den Ernährungsstand der Bevölkerung in erster Linie der Erwerbslosen und ihrer Kinder, durchzuführen. Gerade zu dieser Zeit, als diese Kommission sich in endlosen Beratungen nicht etwa darüber, wie man der furchtbaren wirtschaftlichen Not Abhilfe schaffen könne, sondern lediglich über die Frage, wie man die Untersuchungen international einleiten könne, erging, erfolgten in der medizinischen Fachpresse einige kaum beachtete Veröffentlichungen zu der Frage des Gesundheitszustandes der Bevölkerung.

Statistiken über Lebenserwartung und Gesundheitszustand der Erwerbslosen sind bisher, soweit sie überhaupt durchgeführt wurden, ängstlich geheimgehalten worden. Immer wieder wurde erklärt, die Erwerbslosen seien nicht wesentlich schlechter daran, als die noch im Betrieb Stehenden. Erst kürzlich erklärte einer der bekanntesten Medizinikalfachleute, daß im allgemeinen der Gesundheitszustand auch der langjährig Arbeitslosen noch ausgedehnt sei. Dies müsse darauf zurückgeführt werden, daß Verdienste und Befehle ihre erwerbslosen Angehörigen mit Geld und Lebensmitteln unterstützen, sofern diese sich nicht größere Geldsummen gelohnt hätten, von denen sie heute eben noch leben. Eine Beunruhigung sei gänzlich unangebracht. Ehe eine größere Schädigung eintreten könnte, habe es noch gute Weile.

In der „Medizinischen Welt“ vom 10. Dezember 1932 berichtet Professor Dr. von Tschala, Hamburg, über „die gesundheitlichen Schädigungen der Arbeitslosigkeit“. Zunächst stellt er fest, daß „trotz Wirtschaftskrise und steigender Arbeitslosigkeit die Sterblichkeit sich nicht vergrößert hat“. Jedoch darf daraus nicht geschlossen werden, daß der Gesundheitszustand unbeeinträchtigt geblieben sei. Ein starker Geburtenrückgang, wie er in den letzten Jahren in allen kapitalistischen Ländern aufgetreten ist, hat auch ein Sinken der Säuglingssterblichkeit zur Folge, ohne daß etwa daraus auf eine Besserung der Volksgesundheit geschlossen werden kann. Eine Verschärfung mit den Krankheitsfällen Arbeitsloser offenbart, „weshalb schwere gesundheitliche Schädigungen die Arbeitslosigkeit für die davon betroffenen Personen haben“.

Drei bis vier Kilogramm Körpergewicht Verlust

Und dann berichtet von Tschala: In Gelsenkirchen Zunahme der Fälle von offener Lungentuberkulose von 357 auf 435 innerhalb eines Jahres. Außerordentliche Zunahme der englischen Krankheit, der Schädelerweichung bei Kindern. Aus Halle wird berichtet, daß bis Ende 1930 der Gesundheitszustand der Kinder Arbeitsloser nicht schlechter war als der der übrigen; von da an verschlechterte er sich jedoch zusehends und stand tiefer als im Jahre 1925. In Berlin: Annahmen der Tuberkulose, der Gichtkrankheiten, der nervösen Erkrankungen. Besonders nicht ganz normale Kinder sind durch die Arbeitslosigkeit ihres Vaters schwer gefährdet. Die Kinder Erwerbsloser bleiben mit ihrem Gewicht und ihren Körpermaßen weit unter dem Durchschnitt. In Stuttgart fand am 18. Juli 1932 eine Erhebung über den Gesundheitszustand statt. Danach hat sich die Zahl der Kinder mit beginnender Lungentuberkulose seit 1929 verdoppelt. Von 1931 bis 1932 ist ein hartes Monotonen der Fälle von offener Lungentuberkulose unter Schulkindern zu bemerken. Nach Berliner Untersuchungen haben die Erwerbslosen in den letzten sechs Monaten durchschnittlich drei bis vier Kilogramm an Körpergewicht verloren. „Diese schweren gesundheitlichen Schädigungen, von denen ich berichten mußte, sind zu einem wesentlichen Teile auf die mangelhafte und meist völlig unzureichende Ernährung der Arbeitslosen zurückzuführen. Denn die starke Minderung der Einnahmen durch die eintretende Arbeitslosigkeit hatte eine quantitative und vielmehr qualitative Verschlechterung der Ernährung zur Folge.“

Verbrauch von Fleisch, Butter . . . verschwindend gering

Ueber die Art, wie sich die Erwerbslosen in diesem Jahre ernähren mußten, sagt Tschala folgendes: „Starker Eiweiß- und Vitaminmangel, das dürfte das Charakteristikum der Ernährung arbeitsloser Familien in Deutschland sein. Mit Kartoffeln und großem Brot, dazu billige Margarine, wurde in der Hauptsache der Hunger gestillt“. Die Ernährung der Erwerbslosen ist, wie nochmals ausdrücklich festgelegt wird, völlig unzureichend, der Verbrauch von Fleisch, Butter, Eiern, Käse, Milch, Gemüse und Obst verschwindend gering. „Die Unterhaltungsätze erscheinen völlig ungenügend, eine auch nur ganz kümmerliche Ernährung

durchzuführen; . . . die tragischste Folge der Arbeitslosigkeit ist aber wohl die seelische Wirkung, die sie auf die von ihr betroffenen Personen ausübt. Sie fängt bereits an, mit der Furcht des noch Beschäftigten, seine Stellung zu verlieren, dann folgt, wenn er entlassen ist, die Enttäuschung der vorhergehenden Stellungnahme. Verzweiflung bemächtigt sich seiner . . . er verliert sein seelisches Gleichgewicht: Unruhe, Angst, Bitterkeit gegenüber dem Leben, Nutzlosigkeit und Hoffnungslosigkeit bemächtigt sich seiner und macht ihn immer unfähiger, den Kampf ums Leben wieder aufzunehmen.“

Eine grauenhafte Schilderung, die nur noch von der Wirklichkeit übertrifft wird. Und so wie in Deutschland, so ist es — auch dafür gibt von Tschala die Zahlen an — in allen anderen kapitalistischen Staaten der Welt. Weltliche Feststellungen macht auch das Gesundheitsamt der Stadt Köln. Dr. Kortenshaus berichtet darüber: Die kleinen Schulkinder weisen eine große Schlaflosigkeit der Haltung, Müdigkeitsverminderung, englische Krankheit, Blau- und Senkfüße, große Anfälligkeit, für eine körperliche und geistige Verschlechterung gegenüber den größeren Schulkindern auf. „Soll das deutsche Volk den Leistungen, die Gegenwart und Zukunft von ihm verlangen, gerecht werden, muß mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einer Verschlechterung der Volksgesundheit entgegen gearbeitet werden.“ Kortenshaus verlangt eine „planmäßige Gesundheitsberieselung“ für die heranwachsende Jugend, die er für ausreichend hält, um alle Schädigungen zu überwinden.

Benignens verlangt er nicht noch einen weiteren Abbau der Gesundheitsfürsorge. Das aber tut Professor Dr. A. Genzlin, Berlin („Medizinische Welt“ vom 3. Dezember 1932) ganz offen, er schreibt:

„Es muß zuerst nachgesehen werden, wieviel Geld der Staat, d. h. der Finanzminister, zur Bekämpfung der Tuberkulose mobilisieren kann, und danach erst muß die Organisation zur Bekämpfung der Tuberkulose mit allem zur Diagnose und Behandlung Notwendigen eingerichtet werden . . . Denn es ist nicht zweckmäßig, die Menschen acht bis neun Monate in Heilanstalten zu behandeln, Tuberkulosefürsorgen einzurichten und nachher 70 Prozent aller offenen Tuberkulosen doch sterben zu lassen.“

Angesichts der unerhörten, nimmer auf von den führenden Sozialhygienikern zugegebenen Verschlechterung der Volksgesundheit, angesichts der zielbenannten Zunahme der Fälle von ansteckender offener Lungenschwindsucht, verlangt der famose Herr Professor weitere Einschränkung von Fürsorge und Behandlung. Es hat ja noch alles seinen Zweck. Die Leute müssen ja doch sterben. Jähwahr, ein Patentlösung der Wirtschaftskrise: Daß die Millionen Erwerbslosen verrecken und es gibt keine Arbeitslosigkeit mehr!

Die merkliche Bevölkerung sinkt, wie unerhört ernst der Gesundheitsrat entgegen gearbeitet werden.“ Kortenshaus verlangt eine wird. Sie muß alle Hebel daranlegen, eine entscheidende Besserung zu erzwingen und immer daran denken, daß die Frage der Gesundheitsfürsorge nur in einem einzigen Lande der Welt wirklich gelöst ist, in dem Lande, in dem es keine Erwerbslosigkeit gibt, in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Dr. med. Wilhelm Swienty.

Schweres Eisenbahnunglück bei Luzern

Zwei Eisenbahnzüge zusammengestoßen — Sieben Tote

Jürich, 14. Dezember. Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich im Glüh-Tunnel unmittelbar bei Luzern ereignet. In diesem Tunnel haben gestern nachmittag der Personenzug Luzern—Bellinzona und der Gotthard-Schnellzug, der von Jürich kommt und über Luzern südlich fährt, aufeinander. Die Folgen des Zusammenstoßes in dem völlig dunklen Tunnel waren furchtbar.

Die Zahl der beim Eisenbahnunglück in Luzern ums Leben gekommenen beträgt nach den bisherigen Feststellungen sieben. Darunter befinden sich vier Passagiere. Glücklicherweise hat sich die Befürchtung, daß mindestens zwölf Tote zu beklagen seien, nicht bestätigt. Es war sehr schwierig, in den ersten Stunden einen Überblick über die Tragweite des Unglücks zu erhalten. Die beiden Züge stecken tief im Tunnel und sind vollkommen ineinander verschichtet. Nur mit großer Schwierigkeit ist es gelungen, sich an die Wagen, in denen sich die Toten und Verletzten befanden, heranzuarbeiten.

Die Bergungsarbeiten sind zur Stunde noch nicht beendet und werden jedenfalls noch den ganzen Tag über dauern. Gegenwärtig ist man damit beschäftigt, die beiden Lokomotiven und die beiden Pufferwagen auseinanderzutrennen.

Die Ermittlungen der Luzerner Kantonspolizei und der Untersuchungsbehörde scheinen einmündig zu bestätigen, daß infolge dieses Unglücks Menschen ums Leben gekommen sind.

Das Unglück ereignete sich in dem Glüh-Tunnel unmittelbar vor der Station Luzern, einem Engpaß, durch den mit Ausnahme der Züge nach dem Berner Oberland über den Brünig der ganze Bahverkehr zwischen Luzern und der übrigen Schweiz geleitet wird. Er ist etwa 400 Meter lang, hat durchgehend einen Gleiswechsel.

Von diesen Gleisen ist jedoch das mittlere Gleis in beiden Richtungen vom ganzen Verkehr der Linie Luzern—Olten-Basel und Luzern—Langnauern, das ähnlende Gleis ebenso vom ganzen Verkehr Luzern—Gotthard und Luzern—Zürich in beiden Richtungen heranzurück. Das bedeutet also, daß die Züge, die den Tunnel durchfahren, nur ein Spurpaar sind. Die beiden in entgegengesetzter Richtung auf dem Gleise fahrenden Züge konnten daher nur zusammenstoßen, weil der Züricher und der Gottharder Verkehr auf diesem Gleis einpurig geführt wurden. Bei normaler Doppelspuranlage hätte eine Unfallmöglichkeit nicht bestanden.

Aus aller Welt

Ein Pferd für 2,17 Mark!

Ein Astorb-Tierpreis, wie er glücklicherweise nicht allzuoft vorkommt, wurde in Gelsenkirchen ein Pferd erzielt. Der Besitzer, ein Landwirt, verkaufte seinen alten Gaul für 2,17 Mark. Obgleich es sich wirklich nicht um ein besonders wertvolles Exemplar der Pferdetiere handelte, war das Pferd ein durchaus brauchbares Arbeits- und Zugtier, und der Bauer hat es nur verkauft, weil er es nicht mehr ernähren konnte und jeden Pfennig, auch 2,17 Mark, dringend für sich selber braucht.

Elf Kinder ertrunken

Die niedrigen Temperaturen der letzten Tage haben Flüsse und Seen teilweise mit einer dünnen Eisschicht überzogen. Die Eisflächen sind jedoch noch keineswegs tragfähig. Auf dem Alt-Rhein bei Frankfurt a. M. trafen sich drei Kinder ein, sechs von ihnen ertranken. In Senheim, Kreis Zell an der Mosel, ertranken fünf Kinder im Dorfteich. Fünf andere, die ebenfalls eingebrochen waren, konnten gerettet werden.

Drei Kinder beinahe erstickt

In Abensberg der Eltern spielte der älteste Sohn des Vierjährigen S. in Schiedbus mit Streichhölzern und setzte das Bett seines jüngsten Bruders in Brand. Hausbesitzer wurden aufmerksam, schlugen die Stubentür ein und retteten so die drei Kinder vor dem Tode des Ersticken.

Felssturz bei einem spanischen Dorf

Bei dem Dorfe Alcala del Zucar in Spanien löste sich ein gewaltiger Felsblock, der in das Dorf hineinrollte und drei Häuser zerstörte. Unter den Trümmern der Gebäude liegen elf Personen begraben. Zwei von ihnen konnten bisher als Leichen geborgen werden.

Fischerboot gesunken

Near El Ferrol ist im Sturm ein Fischerboot gesunken. Zwei Mann von der feststehenden Besatzung sind ertrunken.

Auf dem Bahnhof Lützenfurt auf der Strecke Saasbrücken nach Wergeln stehen zwei Güterzüge zusammen. Zwölf Wagen entgleisten und wurden völlig zertrümmert. Lokomotiv- und Zugführer erlitten schwere Verletzungen.

Seit einigen Monaten herrscht in Teheran in Persien eine furchtbare Pestepidemie. Von 422 Pestentranken sind seit dem 1. Oktober 288 gestorben.

Glosse vom Tage

Pressefreiheit!
Sechs Monate Notverordnung

Während der sechs Monate der Notverordnung der Weimarer Republik sind sozialdemokratische Zeitungen innerhalb des Gebietes des Deutschen Reiches auf insgesamt 419 Tage verboten worden. Ingesamt sind 46 Verbote ausgesprochen worden. 72 zeitspenden, einschließlich der Kopialblätter, sind von diesen 46 Verboten betroffen worden. (Reinhardt.)

Der Sündenfall

Es könnte auch heißen: Der Mann, der das Gedächtnis verlor. Oder noch besser wäre es, wenn die Sozialdemokratische Partei anordnen würde, daß alle Mitglieder einen Schleier über ihr Gedächtnis vom 1. Juni dieses Jahres rückwärts ausbreiten würden. Dann würde sich folgendes Bild ergeben, ein Bild, das im Leitartikel des „Vorwärts“ vom 14. Dezember zum Ausdruck kam:

Bis zum Regierungsantritt Papens herrschte in Deutschland vollständige Freiheit. Unter Braun-Severing und Grefenstätt war das Paradies auf Erden. Die „Rote Fahne“ und die anderen kommunistischen Zeitungen seien nie verboten worden. (Vorwärts) stellt natürlich, daß der Schleier um das Gedächtnis oder besser gesagt die Gedächtnisverneinung (Haupt) Kurtz; der Geist der Freiheit (Schwamm) in der Wut der Demokratie.

Und dann? Und dann kam der Sündenfall, das heißt Papen. Von einem Tage auf den anderen änderte sich alles grundlegend. Da muß man die Verneinung noch weiter über den Juni hinaus ausdehnen, um dem Artikel des „Vorwärts“ folgen zu können. Demgemäß ergibt sich folgendes Bild:

Wen verfolgte Papen? Natürlich nur die Sozialdemokratie und ihre Presse. „Rote Fahne“-Verbot, Verbot aller theoretischen Zeitschriften der Partei und der Propagandapresse fallen natürlich unter die Verneinung und kommen daher im „Vorwärts“ nicht vor.

Endlich aber erhebt der Messias in der Gestalt von Schleier. Besonders seit dem Tage, da er mit Rudi Breitenscheid und Leipart konzeriert hat, ergibt sich der Geist der Freiheit, wolle sagen der Pressefreiheit, von neuem über Deutschland und schimmert wieder in Butter. Gleichzeitig atmet man auf. Die Sozialdemokratie hat eine große Schlacht gewonnen. Bürgerbewußtsein herrscht über allen beruflichen Göttern. Die Reichstagswahl steht in die Laubentönen ein. Die Kurbel vom Antifaschismusseierfesten geht von der Hand Papens in die Hand der Gewerkschaftsführer über. Friede den Menschen finden auf Erden! Leo.

Verantwortlich: Max Tenzler, Berlin



Der automatische Geldwechsler ist da!

Wir zeigen hier einen Geldwechslerapparat, der auf Bahnhöfen und Postämtern aufgestellt werden soll.

Entrollt das Kampfbanner in Leuna!

Millionen für die Trübsalherren der IG-Farbenindustrie — Das „soziale Gesicht“ der Leuna-Direktion wird von dem Reformisten Walter angepöbele — Kiezengeschäft der Leuna-Könige — Einheitsaktion gegen reformistischen Betrug und gegen neuen Lohnraub

Ein Millionengeschäft und ein Dementi!

Der schwerfällige, „Berliner Vorläufer“ veröffentlicht vorgerichtet ein amtliches Dementi, wonach die Meldung eines Berliner Mittagsblattes über angebliche Verhandlungen des Reiches mit der IG-Farbenindustrie über den Austausch mit Gesellschaften gegen Schlichteramt-Mitglieder vollkommen aus der Luft gegriffen ist. An der Notiz, die die Zeitung daranhängt, heißt es:

„Von zuständigen Reichsstellen wird entschieden bestritten, daß derartige (dieses Wort ist im „Berliner Vorläufer“ gesperrt hervorgehoben) irgendwelche Verhandlungen im Gange seien bzw. Verhandlungen vorlägen.“

Wird dieses merkwürdige Dementi ist gleichzeitig eine Befähigung, wie wir gleich sehen werden.



IG-König Warmbold

Farben gesellen hat, in Form von Subventionen, Steuererlassen und die ungeheure Summe von 90 Millionen Reichsmark erhalten.

Diese Feststellung ist ein neuer Beweis dafür, daß das Leuna-Werk in der heutigen Auserwählung und Ausbeutung der deutschen Bourgeoisie eine ausschlaggebende Rolle spielt. Diese Rolle wird ja noch besonders unterstrichen durch die Tatsache, daß in den letzten Regierungen und auch in der Schleicher-Regierung der Professor Warmbold, jahrelanges hohes Ministeramtmitglied der IG-Farbenindustrie, vertreten ist. Natürlich sind für den jetzigen Minister Warmbold nur „Staatsinteressen“ maßgebend!

Neue Millionengeschäfte in Sicht

Das oben angeführte Dementi, das in Wirklichkeit keines ist, steht nun im Zusammenhang mit aufsehererregenden Mitteln, die das „12-Uhr-Mittagsblatt“ am 13. Dezember veröffentlicht über Verhandlungen zwischen der Schleicher-Regierung und dem IG-Farbenkongress. Am Frühjahr 1932 hatte das Reich mit 100 Millionen Mark den IG-Farbenkongress finanziert, wobei dieser IG-Farben ein Geschäft machte, das man in Freiheit auf 70 Millionen Mark einschätzte. Die Hälfte der Summe vom Reich erwarb die IG-Farben, die andere Hälfte der IG-Farben erhalten, die dafür dem Reich Stahlwerksaktien geben. Ein solcher „Tausch“ würde aber ein Millionengeschäft an die IG-Farben darstellen, da die Stahlwerksaktien der IG-Farben bedeutend niedriger im Kurs stehen. Ein neues Millionengeschäft aus dem Reichserwerb der Aktien an die IG-Farben würde hier erfolgen. Diese Verhandlungen, die „Berliner“ nicht — also doch irgendmann — hatgefunden haben, kennzeichnen die Schleicher-Warmbold-Regierung und ihre „sozialen“ Gesellen, Millionen für die Trübsalherren der IG-Farben, aber für ausreichend die Winterhilfe der Erwerbslosen oder Löhne für die Leuna-Proleten ist kein Geld da!

Aus euren Knochen

wächst der Profit der Kriegswirtschaft

In der vorigen Woche wurde im Städtewerk Pöhlert die junge Arbeiter-Kühlmann gefeiert. Man sprach nach dem wirtlich Schönen, nach den kapitalistischen Antrieben und nach der Verleumdung, die für die Arbeiter verantwortlich ist. Im selben Werk, in der vorigen Woche im Betrieb K 5, dort, wo das Nauchgas dem Städtewerk zugeführt wird, die gleiche Anfälle durch Nauchgasvergiftung an einem Tage. Immer noch nicht ist die Forderung in diesem lebensgefährlichen Betrieb: nach einer Stunde Arbeit mit Gasmaske eine Stunde Pause, erfüllt. In derselben Woche stürzte der Arbeiter mit der Phosphorsäure an. Der Arbeiter hat „Glück“. Es ist ihm „nur“ das Halsbein gebrochen.

Im Gummierwerk „E 15“ gerät eine Kollegin in das Getriebe einer Maschine. Sämtliche Finger sind schwer gequetscht. Die Maschine hatte keine Schutzvorrichtung. Jeden Tag neue Opfer an Blut, Leben und Gesundheit! Chemiker und Arbeiterinnen, kämpft unter der Fahne der ADB für Sicherheits- und Gesundheitskommissionen in jedem Betrieb!

Schleicher-Reichswehr schlägt das „soziale“ Werk

Wie wir bereits vor einigen Tagen berichteten, führten die tägliche Reichswehrabteilungen am 8. Dezember eine Kollisions auf das für das Leuna-Werk als Lebensenergie der gesamten Produktion unentbehrliche Schmelzwerk durch. Ausgerechnet in diesen Tagen werden die Maschinen-gewehre ausprobiert. Warum? Dieses Kollisionswerk liefert ganz Leuna, der Wasserverbrauch des Werkes und der Gemeinden entspricht dem von Groß-Berlin. Die Bourgeoisie rückt für große Kollisions aus und durchgesetzt werden sollen. Strugsmanöver mit Hilfe der Leuna-Partei-Interoffiziere, der Walter und Konjorten und die Maschinen-gewehre der Reichswehr des Generals Schleicher — das sind die Mittel, mit denen neuer Lohnraub, neue verhängte Ausbeutung im Leuna-Werk vorbereitet und durchgeführt werden sollen. Entrollt das Kampfbanner in Leuna, führt die Leuna-Proleten in Halle, Weiskensfeld, Raumburg und den vielen Dutzenden in den Leuna-Wohngegenden auf, schließt in allen Ständen und Abteilungen die roten Vertrauensmänner auf der Basis der Einheitsfront unter dem Kampfbanner der Revolutionären Gewerkschaftsopposition. Laßt auch nicht einschleichen von den Betrugsmanövern der Walter und Konjorten, seid auf der Hut, rüht zum Kampf!

Lehrlingsausbeutung in Leuna

Unmögliche Zustände im Lehrlingswerkraum (Sungarbeiterkorrespondenz)

Unser Werkraum ist mit einer Beringsonne zu vergleichen. An ihm sind wir nach feststehend wie die Beringsonne zusammengepreßt. Nur 200 Lehrlinge sind zwar Spinde vorhanden, aber diese stehen so eng zusammen, daß man sich nicht rühren kann. Unbedingt muß die Erweiterung des Werkraumes der Lehrlingsabteilung durchgeführt werden. Die Betriebsräte müssen sich einmal darum kümmern.

Kadavergehoram in Leuna

(Leuna-Arbeiterkorrespondenz)

An der Abteilung Gaslampenfabrikation hat ein Arbeiter namens Gerdes herun, der früher einmal Deflofizier bei Roste gemeldet ist. Der Schmutz seine Potentente an: „Stehen Sie still, wenn ich mit Ihnen rede!“ Der Gerdes bringt es fertig, den ganzen Tag mit den Händen in den Holentischen im Betrieb herumzutampeln und die Proleten ununterbrochen anzutreiben. Er ist natürlich nicht einmal leiblich mit an. Bei diesem unehrlichen Anstreben verläßt er sich auf seine stolzen Körperkräfte. An vielen Provolationen des Gerdes endlich ein Ende zu machen, ist es notwendig, daß sich die Kollegen der Abteilung endlich einmal zu einer Veranlassung zusammenfinden, zu den ungläubigen Zuständen dort Stellung nehmen und geschlossenen Abhilfe durchsetzen. Wenn Gerdes a. B. den ganzen Tag mit den Händen in den Solentischen herumtampelt, das ja auch einmal die ganze Abteilung machen. Dann wird sich ja sehr bald zeigen, was der Gerdes gebraucht wird. Der Anstreiber und ehemalige Deflofizier Gerdes oder die Leuna-Proleten. Mehr Solidarität und Zusammenhalt!

Strafen! Strafen! Strafen!

(Sungarbeiterkorrespondenz)

Bei uns gibt es für alles mögliche Strafen. So z. B. für die Nichtablieferung des Werkzeuges am Sonnabend. 30 Pf. müssen wir dafür bezahlen. Aber von uns Lehrlingen bekommt aber 30 Pf. Stundenlohn? Die meisten müssen zwei Stunden dafür arbeiten. Weiter: Wer sich a. B. in der Mittagspause nicht im Aufenthaltsraum einfindet, muß den berühmten Paragraphen aus der Schulordnung hundertmal abgeschrieben. Für alles hat man Strafen vorgesehen. Es ist die reine Gehirnschwundung. Die Lehrlinge müssen sich zusammenfinden und gemeinsam den Abzug der Strafen und die Durchführung der Strafen verhindern.

Das Kabinett des „sozialen“ Generals und der ADB

Aufgezeigt an der Tätigkeit des sozialdemokratischen Betriebsratsvorsitzenden Walter vom Leuna-Werk

In den letzten Tagen haben eine Reihe von Belegschaftsversammlungen für das Leuna-Werk stattgefunden, die durch den Rat der IG-Farben, der Christen und der Leuna-Direktion in den Sattel gebunden reformistischen Betriebsratsvorsitzenden Walter einbezogen und durchgeführt wurden. Schon die Einberufung dieser Versammlungen war ein Skandal. Am „Schwarzen Brett“ waren einige schabig kleine Zettel angebracht, die natürlich vollkommen überlegen wurden.

Während die Verteilung für Walter große Vorteile ausgeht, heute, als es geht, das durch den „Klassenkampf“ veröffentlichte Berichtsverbot, über Walter zu demontieren, hat man für diese Belegschaftsversammlungen nur ein winziges Stück Papier übrig.

Wer nicht nur diese Tatsache, sondern vor allem auch das tiefe Mißtrauen der gesamten Belegschaft gegen den Vertreter Walter haben dazu beigetragen, daß die gesamten Belegschaftsversammlungen geradezu katastrophal

schlecht besucht waren. In Dürrenberg a. B. der Hochburg der Reformisten, waren kaum 30 Leuna-Kumpels anwesend. In anderen Versammlungen 80 oder 100. Das ist eine tiefbedauerliche Tatsache, da zumind die revolutionären Leuna-Arbeiter in diese Versammlungen hätten gehen müssen, um dem Verfall Walter die Masse vom Gesicht zu reißen.

Das „soziale“ Gesicht der Leuna-Direktion

In diesen Versammlungen sprach Walter kein Wort über die Millionensubventionen an das Leuna-Werk, kein Wort darüber, daß die IG-Farbenindustrie sehr wohl in der Lage wäre, höhere Löhne zu zahlen, die den Leuna-Kumpels geräube Produktionsprämie und Kurzarbeiterentgelte wieder zu zahlen, kein Wort von der Notwendigkeit des Kampfes um diese Forderungen. Aber er präs das „soziale“ Gesicht der Leuna-Direktion, die durch sein Verhalten, durch „sein positives Arbeiten“ Hunderttausende an Arbeitslosen für den Winter, Pensionäre und Erwerbslose bereitgestellt habe.

Wir machen das Exempel richtig auf:

Die Leuna-Direktion entzog „ihren“ Arbeitern ab 31. März 1932 die Produktionsprämie, die monatlich 23 000 Mark betrug. Das macht in neun Monaten 207 000 Mark.

Die Leuna-Direktion entzog ab 31. Mai 1932 „ihren“ Arbeitern die Kurzarbeiterentgelte, die monatlich 37 000 Mark betrug. Das macht in sieben Monaten 259 000 Mark.

Es folgt nun nach der 15-prozentige Lohnabsackung durch die vierte Weiskensfeld-Notverordnung im Januar 1932, der rund zwei Millionen Mark für die Leuna-Direktion eingebracht hat.

Die Leuna-Direktion zahlte eine Reihe von Millionen an die verschiedenen Leuna-Wohnorte und Wohngegenden in Höhe von 64 000 Mark.

Die Leuna-Direktion zahlte weiter eine sogenannte Reichnachtsbeihilfe an Weihnachtsabend und entlassene Leuna-Proleten in Höhe von 36 000 Mark.

Die Leuna-Direktion zahlte weiter an Werkskassen eine Winterbeihilfe in Höhe von 30 000 Mark.

Die Leuna-Direktion zahlte ferner für 390 Werksangehörige mit harter Familie eine Weihnachtsbeihilfe von 9400 Mark.

Wie „sozial“ ist doch die Leuna-Direktion!

Was sagt Walter aber nun zu folgender Aufstellung?

Stengelamt wurden an Produktionsprämien und Kurzarbeiterentgelten den Leuna-Arbeitern seit

dem 31. März 1932 gerührt 466 000 Mark

Stengelamt zahlte die „soziale“ Leuna-Direktion an Weihnachtsbeihilfen und Winterhilfen jurid. 139 400 Mark

Diese Gegenüberstellung zeigt mit aller Klarheit, daß die „soziale“ Leuna-Direktion dabei ein glänzendes Geschäft macht. Es verbleibt ihr allein bei dieser Reduktion ein Gewinn von

326 000 M. auf Kosten der Leuna-Arbeiter.

Und nun stellt sich der Reformist Walter hin und preist die „soziale“ Leuna-Direktion genau so wie sein großes Wortbild Weipart den General Schleicher als einen Mann bezeichnet

hat, dem man „nichts nachsagen könne“. Walter, der erst den ungeheuren Abzug der Löhne der Leuna-Arbeiter mit durchgeführt hat, der jede Kampf Bewegung der Leuna-Proleten sabotiert, rühmt sich seines Verdienstes, diese Erfolge herausgeholt zu haben.

Ein unübertriebenes Beispiel für die Wertungsmannöver, mit denen die Reformisten ihren Schleicher-Kurs verkaufen.

Dieser Schleicher-Kurs wird von Walter fortgesetzt

An den Belegschaftsversammlungen unterbreitete dieser Verfall sein Entwurf für eine Leuna-Steuerbefreiung. Nach erfolgter Stellungnahme des Betriebsrates soll darüber eine Abstimmung im Leuna-Werk erfolgen.

Betrugsmanöver mit Hilfe der Leuna-Partei-Interoffiziere, der Walter und Konjorten, und die Maschinen-84 Pf. und bei 7000 Mann Belegschaft würde die Steuerbefreiung eine Einnahme von 3800 Mark haben. Damit könnte den Winterleidenden von zwölf verstorbenen Werksangehörigen etwa 300 Mark Sterbegeld gezahlt werden!

Gegen dieses infame Manöver, welches dem Werkgemeinschaftsgegnern entgegen und natürlich auch in der Linie des Schleicher-Kurses, des „sozialen“ Generals, der „sozialen“ Leuna-Direktion liegt, wendeten sich die roten Betriebsräte auf das entschiedenste. Die Leuna-Direktion hat die Pflicht, für die Winterleidenden verlorener Arbeiter, die je jahrelang ausgebeutet hat, zu sorgen. Sie zeigten auf, was sich hinter diesem Plan der Direktion und der Reformisten verbirgt.

Seipart im großen — Leuna-Walter im kleinen!

Die Leuna-Arbeiter werden bei der Urabstimmung der Walterischen Vertreterpolitik und der Leuna-Direktion die notwendige Zustimmung ausstellen.

Schließlich sind sogar im Werk jetzt Ausschüsse erschienen, auf denen bekanntgemacht wird, daß jetzt mit Hilfe des Zweiterbandes des Leuna-Kollegen jeder Leuna-Arbeiter, der sich

Leunakollegen, Bereitet überall die Ortsverwaltungswahl in den Verbänden des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes vor



Donnerstag, den 15. Dezember 1932.

Wir sitzen im Leuna-Zug!

(Kunstgelehrtenkorrespondenz)

„Vorlicht, Vorlicht!“ So schallt laut die Stimme des diensthabenden Beamten in das Gemüß des menschenüberfüllten Bahnzuges II auf dem Hauptbahnhof in Halle. Fräulein und stöhnend schiebt die Lokomotive lange Wagenreihen in die Bahnhofshalle hinein. Sada füllen sich die einzelnen Wagen mit ermittelnden Männern. Viele unter ihnen mit milden, abgepannten Gesichtern. — Proletarier — Leuna-Schichtarbeiter.

Es ist kurz vor 21 Uhr. Eben fährt ein D-Zug in die Halle ein. Laut rufend fährt der Angestellte der Bahnhofsverwaltung seinen Wagen an dem Zug entlang, seine Waren dabei anpreiend. Keine Damen entleeren dem Luxuszug, keine die Bürger, zum Teil kleine, aber auch treue, verlässliche Klischee auf den Verleumdungen gegenüber riefend. Welch ein Gegensatz! Hier Proletarier — dort Bourgeois!

„Einsteigen! Einsteigen!“ Ich springe noch schnell auf den sich langsam in Bewegung setzenden Leuna-Zug. Im Abteil finde ich noch einen leeren Platz. Gegenüber sitzen schlafende, rauchende Klassenkollaboranten. Hinter mir spielen ein paar Proleten ihren Klavier. In der Ecke rechts gegenüber sitzt ein jüdischer, energiegelauer, schillernder Mann. Sein Blick muß ich diesen Arbeiter beobachten. Wohl, alle im Abteil erschauern — ruft der von mir beobachtete Mann: „Genossen, habt ihr die Weinflaschen im Speisewagen des D-Zuges gesehen? Was trinken wir diese Nacht? Leuna-Blutgerstweizen!“ (So wird der Kaffee im Leuna-Betrieb genannt.)

Ein Glasfaser erklingt im Wagen! Bald aber sitzen die Mitfahrenden wieder mit zusammengekniffenen Augen, zum Teil verlegen, interesselos da. Sie hören weiter. Der Sprecher, der die

Jeder muß mithelfen!

Im Kampf gegen Hunger und Frost organisiert der Solidaritätsausschuß am 16. Dezember eine Sammlung zur Durchführung der gestellten Aufgaben.

Alle revolutionären Organisationen müssen eingreifen und mithelfen das gesteckte Ziel zu erreichen.

Für die proletarischen Kinder!

Für die hungernden Erwerbslosen!

Uebt proletarische Solidarität!

Werdet Mitkämpfer!

Ruhe unterbrochen hatte, schaut mit düsterem Gesicht durch das Fenster in die Dunkelheit. Nimmendorfer und Merleburg stehen vorüber der Zug fährt durch, ohne zu halten. Inunterer Geruch macht sich bemerkbar. Sommer näher kommen wir dem Ort unserer Tätigkeit. Die Bauten der Kohleneinfüllstation stehen wie Gespenster vorüber. Leuna liegen wie in Feuer eingehüllt zu sein.

„Leuna! Leuna auslöschen!“ Leutes, verarmteses Schar-Wehrgeistes. Gähnen, Labatpfeifen ausstopfen und der Zug steht höflich dem Wert zutretende Massen aus.

Dem Verlor aus ziehen die Proletariatsmassen, zusammengedrückt aus Richtung Weiskensfeld und Halle, an den Hindernissen vorbei. Zwischen hochangelsichtigten Kohlschalen hindurch, leicht vom hüllenden Regen des Kälteums benetzt, strömen sie den einzelnen Bädern und Bauten zu.

Mächtiger Schichtwechsel, acht Stunden Arbeit in gasgeschwängelter Luft für den Prolet der Leuna-Könige.

Nach Arbeit hatte ich Gelegenheit, mit dem Sprecher zusammen zu fahren. Er las revolutionäre Literatur. Seine Auffassung war, daß Arbeit die Pflicht eines jeden Menschen sei. Arbeit verleihe er auf das große Beispiel der Sowjetunion. So finde ihn heute nicht mehr. Er wird das Los so vieler Tausender geteilt haben müßen und ist a b e d a u t.

Die Älge sind leerer geworden! Noch schlechter die Arbeitsbedingungen, noch ermüdlicher die Löhne. Wie lange noch, Klassenkollaboranten? Was müßen wir tun, die wir noch im Welt beschäftigt sind?

Uns zusammenfinden, als Freunde, als Genossen. Zwei Freunde müßen den dritten suchen, jeder einzelne diszipliniert und energiegelobt bestrebt, uns zu organisieren. Jeder einzelne ein Kämpfer, bis zu dem großen Zusammenstoß der Kräfte, dem die Befreiung der Arbeiterklasse gelingen wird.

Holzarbeiter im Kampf gegen Lohnraub

Zum Kampf im Holzgewerbe erhalten wir vom Holzarbeiterverband folgende Zuschrift:

In mühsamgestaltiger Disziplin harren die hallischen Holzarbeiter aus in ihrem Kampf gegen den brutalen Lohnraub der Arbeitgeber. Das gibt den schon vor einigen Tagen genannten Schwarzmaschinerfirmen Anlaß, mit allen Mitteln zu versuchen, die Streikbrecher in die Betriebe zu bekommen.

Während der übergroße Teil der Holzarbeiter solche schon vielfach in Handlangerdienste abgeteilt hat, konnten Streikbrecher in einigen Betrieben Unterstützung finden und zwar wie in einem Inzierat verprochen, für dauernde Beschäftigung. Diese Kreaturen, die selbst von den Arbeitgebern als Lumpen eingeschätzt werden, dürfen sich nicht allzulange ihrer „Muschelarbeit“ freuen, da schon von den Arbeitgebern zum Ausdruck ist, daß sie trotz sein würden, wenn diese Streikbrecher erst wieder aus dem Betrieb wären. Damit hat man klar zum Ausdruck gebracht, wie die Qualitätsarbeit dieser Firmen aussteht. Die Geschäftswelt mag sich selbst ein

„Wissen Sie, was eine Million Mark ist?“

So fragte der Bürgerblock-Vertreter — Der Altenburger Herzog soll das Dreifache erhalten! Her mit dem Ueberfluß für die Hungernden und Frierenden!

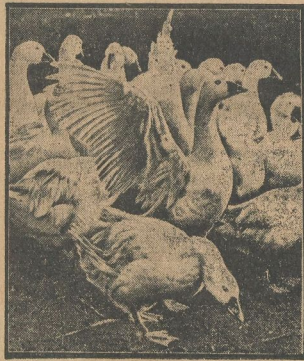
Am 28. November die Stadtverordnetenversammlung in Halle tagte, als der Magistrat und der Bürgerblock-Stadtverordneten-Vorsteher es ablehnten, zu den Forderungen der kommunistischen Fraktion auf ausreichende Unterstützung für die hungernden Erwerbslosen Stellung zu nehmen, griff auch der Bürgerblock-Vertreter, der deutsche nationale Rechtsanwalt Dr. Hirsch, in die Debatte ein. In der bei diesem „würdigen“ Stadtvater bekannten Art, die von den Kommunisten erhobenen Forderungen einfach finanziell gar nicht durchführbar wären. Fortgesetzt behauptete er dabei, daß mindestens eine Million Mark gebraucht würden und mit überhappender Stimme rief er immer wieder den Kommunisten zu:

„Wissen Sie denn überhaupt, was eine Million Mark ist? Stellen Sie sich einmal vor, der ganze Saal hier müßte mit Geld ausgefüllt sein!“

Daß dieser Rechtsanwalt für derartige Ausführungen natürlich nur ein Gelächter erntete, ist beinahe selbstverständlich. Wir führen sie aber deshalb an, weil ein anderer Fall vorliegt, der für diesen Rechtsanwalt sehr lehrreich sein dürfte. Nebenfalls dürfte auch der Stadtvorordnete Dr. Hirsch beim Studium seines Leibs- und Magenorgans, der Saletante, gelesen haben, daß der Herzog von Altenburg auf dem Bergleiswege 3 Millionen Mark als Abfindung gegeben werden sollen.

Drei Millionen Mark! Das ist das Dreifache dessen, was der Rechtsanwalt Hirsch als untragbar, als eine unmögliche Ausgabe für die 50.000 hungernden Wohlfahrtserwerbslosen und sonstigen Unterstützungsempfänger in Halle bezeichnet. Wir sind fest davon überzeugt, daß der Rechtsanwalt von seinem deutshänationalen „Rechtsstandpunkt“ lagen wird. So, den Altenburger Herzog wird auf diesen Betrag aus einem geistlichen Anspruch haben. Vielleicht ist es notwendig, den Rechtsanwalt daran zu erinnern, daß nach der Verfassung der deutschen Republik doch auch alle Wertigkeiten Anspruch auf Arbeit, auf eine anständige Wohnung und damit auch auf Leben haben. Ist der kapitalistische Staat nicht in der Lage, Arbeit zu beschaffen, dann muß es möglich sein, den Erwerbslosen ausreichende Unterhaltungen zu gewähren, um ihnen und ihren Familien das Leben zu sichern.

So ist es die längste Zeit gegangen



dem jetzt liegen die Gänse lauter gerupft in den Händen, auf dem Markte zur Schau, in großen Mengen der Käufer harrend. Die Preise stehen nahezu auf der gleichen Höhe wie vor 1914 und doch entspricht der Absatz nicht dem Angebot. Nicht etwa weil die wertvolle Bevölkerung (Gehilfen) nicht essen will, sondern weil sie auch die niedrigen Preise nicht bezahlen kann. Geldbedürftig sind dadurch vor allem auch die kleinen Bauern, die mit der Kaufkraft von Gänzen einen Beitrag zum Lebensunterhalt zu gewinnen suchen.

So ist alles im Ueberfluß vorhanden, aber die Millionen von Erwerbslosen sollen alles entbehren, sollen hungern und darben, sollen von allem ausgeschlossen sein. Dagegen gilt es anzukämpfen. Deshalb die Kampagne gegen Hunger und Frost. Her mit dem Ueberfluß für die hungernden und frierenden Wertigkeiten!

Diese Forderung ist doch um so mehr berechtigt, da doch die Tatsachen beweisen, daß alles im Ueberfluß vorhanden ist: Heizmaterial wie Kohlen usw., Lebensmittel, Brotgetreide und Kartoffeln, Fleisch und Bekleidungsstoffe, von allem ist zu viel vorhanden. Und wenn dann noch ein Herzog 3 Millionen Mark an Abfindungen gewährt werden können, so ist dies ein weiterer Beweis, daß auch genügend Geldmittel zur Verfügung stehen zur Unterstützung der Notleidenden.

Und deshalb die Forderung: Her mit dem Ueberfluß für die Hungernden und Darbenden, deshalb Verflüchtung der Aktion gegen Hunger und Frost!

Verbreitert den Kampf!

Streifende Droschkenfahrer, aufenaht!

In der Mittwoch-Verammlung der streifenden Droschkenfahrer ereignete sich ein bemerkenswerter Zwischenfall. Ein Gewerkschaftsbeamter verfuhr dort folgende Seite gegen die kommunistische Partei. Er erklärte, daß am Dienstagabend der Kommunisten Aktion mit einem auswärtigen Genossen eine Streikbrecherbrüder zu Fahrt vom Bahnhof nach dem „Volksplatz“ benutzt habe. Wie wir erfahren, ist die Benutzung dieser Streikbrecherbrüder tatsächlich erfolgt und das Verhalten von Aktion ist demzufolge auch an der Schärfe zu beurteilen. Bemerkenswert wird aber, daß dieser Vorfall zu einer verlogenen Hehe benutzt wird, da erstens Aktion überhaupt nicht Mitglied der Kommunistischen Partei ist und zweitens der auswärtige Genosse keine Wohnung in Halle hatte, daß hier in Halle ein Droschkenfahrer ist.

Dieser Genosse, wie auch die anderen ankommenben Reisenden sind ausschließlich die Schuld der Sektionsleitung des Gewerkschaftsverbandes, die bisher alle Anträge der Streifenden auf Aufstellung von Streikposten mit Transparenten, Verteilung von Flugblättern an den Droschkenhalteplätzen abgelehnt hat.

Gestern erst ist die Herstellung solcher Flugblätter erfolgt. Ueberhaupt sind alle Versuche eines Teiles der Streifenden, die Verbreitung des Streiks durchzuführen, bisher an der Haltung der Gewerkschaftsleitung gescheitert. Es ist ganz klar, daß so ein Streik nicht erfolgreich geführt werden kann, denn diese Zerküßung läuft darauf hinaus, den Streik langsam abdrücken zu lassen. Man will offenbar Stimmung lockern für die Annahme eines Schonheitsbeschlusses, der heute vormittag gefaßt werden soll.

Sehr merkwürdig ist es, daß die Gewerkschaftsführung gestern bekanntgab, daß eine dementsprechende Notiz in das gestrige hallische „Volksblatt“ nicht von ihrer Seite, sondern offenbar von den Unternehmern hineingebracht worden ist. Eine neue Arbeitszeitung! Es gilt jedenfalls jetzt auf der Hut zu sein, um eine Ueberwindung des Streiks mit Hilfe des Schlichters zu verhindern und durch Verbreitung des Kampfes und Zurückweisung aller Zerplitterungsversuche der Kampffront den Erfolg sicherzustellen.

Revolutionäre Mußt ist eine Waffe

(Korrespondenz)

Nachdem schon am Dienstag nachmittag über 1000 Kinder und Erwachsene den „Volksplatz“-Saal füllten, brachte der Abend erneut einen glänzenden Beweis des großen Interesses der wertvollen Schichten für die proletarischen Veranstaltungen.

Die Gegendvereine eröffneten durch Abhängen einiger Kampfslieder die Veranstaltung. Darauf ergriß der Dirigent, Genosse Dams Eisler, das Wort. Seine infolge der Vorbereitungsmassnahmen nur kurzen Ausführungen waren ein geistiger Anreiz für die hiesigen Mußt, ein merkwürdiges Ereignis. Er richtete deshalb den Mahnruf an die Versammelten und alle übrigen wertvollen Schichten, zu erkennen, daß auch die Mußt eine ungeheure Waffe bedeutet, wenn sie richtig angewandt wird. Vor allem muß die Jugend erkennen, daß es gerade die Bourgeoisie ist, die sich Krampfhaft bemüht, mit ihrer Mußt die Jugend für ihre Interessen zu fangen. Es sei hierbei nur erinnert an die Kinos, bürgerlichen Konzerte usw. Nur zu gut erkennt die bestehende Klasse die Wirkung des revolutionären Gesanges und der Mußt. Das bewies am besten der Vortrag in der Garnison der Sowjet, wo man Soldaten in die Kreter warf, weil sie die „Internationale“ sangen.

Wichtig und fertig kamen die Kampfslieder, wie „Streik der 50.000 Holzarbeiter“ und „Abbau“ durch den Gaal. Hier kam nicht nur das Klassenbewußtsein des Proletariats zum Ausdruck, hier wurde ein glänzendes Zeugnis des Kampfwillens der modernen Arbeiterbewegung gegeben. Wehr noch! Nicht nur der Mußt und die geschlossene Energie, sondern es liegt bereits der Gedanke des unmittelbaren Sieges der proletarischen antikapitalistischen Aktion in der Note. Die Veranstaltung wurde mit dem Wallengeschlag des „Einheitsfront“-Riedes geschlossen. Am Freitag findet im „St. Nikolaus“ ein Konzertabend des Bundes der Freunde der Sowjetunion statt. Es spricht dort Prof. Erich Volhard, Leipzig, über: „Das neue Rußland in der Mußt“.

Sonntag Generalversammlung des Volksfeuerbestattungsvereins

Am Sonntag, dem 18. Dezember, vormittags 10 Uhr, findet im „Volksplatz“ eine außerordentliche Generalversammlung des Volksfeuerbestattungsvereins für Halle und Umgebung statt. Es finden Vorstandswahlen statt und außerdem ist beschäftigt, Änderungen an der Satzung durchzuführen. Es ist selbstverständlich, daß die Mitglieder des Volksfeuerbestattungsvereins teilnehmen. Wir werden noch eingehend dazu Stellung nehmen.

Was die Wahl kostete? Wie jetzt bekanntgegeben wird, müßen die Gemeinden des Wahlkreises II, Halle-Merseburg, 23.126,84 M. als Beitrag für die letzten Wahlen leisten.

Arbeitsdienstführer! Der freiwillige Arbeitsdienst befreit einen Arbeitslosen, der die Führer von 30 Arbeitsdienstlagern nach Hiesigen zumammensetzen hat. Es soll beraten werden, wie die Mittelführung der Sagarbeiter zweckmäßig vorwärts getrieben werden kann.

Gründungsmitglied: Erich Bloß, Halle a. S., für den gesamten Inhalt: Erich Volhard, Leipzig, für den Anzeigenteil.

Schwingschiff-Nähmaschinen RM. 122.00 — Rundschiff-Nähmaschinen RM. 162.00 — Auf Wunsch Teilzahlung / Möller, Schmeerstr. 1 (am Markt)



Donnerstag, den 15. Dezember 1932.

Verwirklicht proletarische Solidarität

Den hungernden und frierenden Klassenossen muß geholfen werden. Schon seit langem steht es fest, daß die von der Bourgeoisie aufgelegene Winterdrück immer nur bestimmten Kreisen zugute kommt. Die Anhänger der feindschaftlichen nationalitätlichen und staatsstreuen Organisationen werden vor allem bedrückt, um auch auf diese Weise einen bestimmten Druck ausüben zu können.

Gemeintliches vernag proletarische Solidarität zu leisten! Den erwerbslosen Klassenossen, den Hungernden und Frierenden kann und muß geholfen werden. Deshalb sind in allen Orten Solidaritätsauschüsse gebildet, deren Aufgabe darin bestehen soll, die notwendigen Maßnahmen einzuleiten, zu organisieren und durchzuführen.

Alle in den Ausschüssen vertretenen Organisationen haben die Aufgabe erhalten, die Aktion gegen Hunger und Frost, der proletarischen Solidarität für die hungernden Erwerbslosenmassen, nach besten Kräften zu unterstützen.

Vor allem soll es darauf ankommen, den Kindern der Erwerbslosen eine größere Hilfe angedeihen zu lassen, die Einrichtung der Schulpfestungen zu fördern, Erwerbslosenklubs usw. einzurichten, um auf diese Weise nicht nur Not lindern zu helfen, sondern vor allem auch die verelendenden Schichten in den Kampf der Arbeiterklasse einzutreten.

In allen Orten des Bezirks sollen am Freitag, dem 16. Dezember, durch die Solidaritätsauschüsse Sammlungen durchgeführt werden, um weitere Mittel zur Durchführung der großen Aufgaben beschaffen zu können.

Alle Organisationen müssen dazu ihre Helfer zur Verfügung stellen und so dazu beitragen, das geforderte Ziel auch zu erreichen. Die nächsten Anweisungen sind inzwischen ergangen. Keine Organisation darf dabei zurückbleiben. Mithet alle Günstigen und Ungünstigen auf. Proletarische Solidarität muß auch Hunger und Frost überwinden. Her mit dem Überfluß an Brot, Kartoffeln und Kohlen für die Hungernden und Frierenden.

Delitzsch-Torgau

Neue Kämpfer müssen in die Brezche steigen

U. A. Gieseler. Die Besetzung unseres durch Unklarheit zu Tage gekommenen Genossen Dandke gestattete sich zu einer würdigen proletarischen Kreuzfahrt. Es war das erste Begräbnis eines Diffidenten im Dorfe. Nur durch mehrmaliges Verhandeln mit dem Pastor konnte erreicht werden, daß auch rote Fahnen mitgeführt werden durften. Selbstverständlich aber waren die Bandenführer zur Stelle.

Der Arbeiterjugendverein und die Muffelreinigung gaben die Einleitung mit dem Liebes-Brüder, zur Sonne, zur Freiheit... Die Genossen Schulte-Halle und Schuberl als Vertreter der Roten Hilfe wiesen auf die Tätigkeit des Genossen Dandke hin und forderten die Anwesenden auf, im Sinne des Verstorbenen weiterzukämpfen.

Mit der Ortsgruppe Osmania des Kampfbundes gegen den Faschismus hatten sich auch zahlreiche Genossen des Kampfbundes aus der Umgebung eingefunden. 400-500 Arbeiter nahmen an der Beerdigung teil. So hat unter Genosse nach mit seinem Tode mitgemittelt für die Mobilisierung der Arbeiterklasse. Wir alle gelobten das, was von ihm verfolgten Ziele unermüdet einzutreten.

Gute Erfolge konnten erreicht werden

U. A. Eiferwerda. Die Veranstaltungen des Infartells, in denen der rote Geiger, Genosse Helm, mit seinem Klavierbegleiter, Hans Müller, proletarische Klänge vorzutragen, ergaben in den Orten Eiferwerda, Hohenleipisch, Borna und um sehr gute Erfolge. Es muß hervorzuheben werden, daß die Besucher der Veranstaltungen sich beim Spielen des russischen Traversenflügel zum Gedächtnis unseres großen Führers Lenin wie auch aller Opfer, die im Kampfe gefallen sind, sich von den Blasen erhoben und anbrühen „Unsterbliche Opfer, ihr laßt dahin...“ In allen Veranstaltungen konnte der rote Geiger den größten Beifall ernten.

Wie jetzt bekannt wird, werden die gleichen Veranstaltungen im März nächsten Jahres in den gleichen Orten wiederholt. Die Funktionäre, die sich um das Zustandekommen der Veranstaltung bemüht haben, verdienen die volle Anerkennung. Der Tourneeleiter aus Eiferwerda erweist zu jeder Zeit volle die Einnahme und Ausgabe der Veranstaltungen Auskunft.

Bitterfeld-Wittenberg

Es war nichts mit dem Hochverratsverfahren

U. A. Wolfen. Wie berichtet, wurde seinerzeit eine Schriftmäßige Beschlagnahme, mit der der „rote Filmmittler“ Nr. 17 geschrieben war. Gegen den Genossen Michael Burkholz, der veranwortlich gezeichnete, wurde ein Hochverratsverfahren eingeleitet. Lange Untersuchungen wurden angestellt, am Freitag aber fand die Schlußsitzung statt und gleichzeitig die Mitteilung, daß das Verfahren eingestellt ist. Wahrheitsgemäß hat der „rote Filmmittler“ ein Geldstück von der „Film“ den ganzen Film in Szene gelegt, das ist aber nicht so ganz geglättet.

Am gleichen Tage aber erhielt Genosse Burkholz ein Strafmandat über 50 Mark, er soll in einem Briefchen der gleichen Ausgabe des „Roten Filmmittler“ 15 Liter Goldschmelz beibringen haben. Nur auch darüber soll noch entschieden werden.

Ja-Veranstaltung Merseburg muß ausfallen

Die für Donnerstag angelegte Veranstaltung des „Ja“-Partells muß ausfallen, da das Auftreten des Balalata-Orchesters verboten ist.

Schluß mit der Partei des Arbeiterbetrugs

Ein SA-Mann verläßt die Partei der Fürsten und Barone — Proleten sollen noch ausgeplündert werden — Her zur roten Klassenfront!

U. A. Wolframshausen. Ein ehemaliger SA-Mann von Wolframshausen wurde dieser Tage bei dem Vorstehenden der hiesigen SPD vorzeitig mit folgender Bemerkung: „Ich habe eingesehen, daß ich in der Partei der Fürsten und Barone nichts zu suchen habe. Ferner bin ich mir bewußt, daß Hitler, der Mann mit dem hohen Gehalt von Arbeitergehältern, uns belügen und betrogen hat. Da ich auf Grund meiner Erkenntnis das Exzerzieren und den militärischen Drill nicht mehr mitgemacht habe, bekam ich von der angeblieben Arbeiterpartei nachstehendes Schreiben: SA der NSDAP, Wolframshausen, 23. 11. 32, Sturm 2/71. SA-Befehl.“

Filmveranstaltung der KPD Weißfels

Freitag, den 16. Dezember, abends 6 und 9 Uhr in den „Stadthallen“

Zur Vorführung gelangen:

„Das Dokument von Schanghai“

„Unser täglich Brot“ (Hunger in Waldenburg)

Eintritt 30 Pf. für Erwerbslose, 50 Pf. für Betriebsarbeiter. — Im Vorverkauf im Zigarrengeschäft Schlegel, Freier Kreisführer, in den Stufen, und Parteibüro, Große Burgstraße 2, für die 6-Uhr-Vorstellung für Erwerbslose 25 Pf.

Niemand veräume diese aktuelle proletarische Veranstaltung zu befehlen.

Ich habe mich bereits der kommunistischen Partei angeschlossen und werde mithelfen, die irreführenden Arbeiter bei den Tausch auf den Derrat aufmerksam zu machen und sie davon zu überzeugen, daß nur die kommunistische Partei in der Lage ist, uns von Hunger und Elend zu befreien.

In der Erwartung, daß meine ehemaligen SA-Kameraden bald erkennen, daß Hitler und seine Trabanten alle Ausbeuter nur unterstützen, richte ich deshalb nochmals den Appell an alle Kameraden der SA und SS, meinem Weg zu folgen und einzutreten in die kommunistische Partei, mit uns den Befreiungskampf zu führen für ein Sowjetdeutschland.“

Selbstbestimmungsrecht der SPD in der Praxis

Die Kommiswirtschafft in Döllnitz — Heimatdienst-Müller sucht neue Posten für seine Freunde — Mitgliedlicher Umzug — SPD-Arbeiter, kämpft mit uns!

U. A. Döllnitz. Es ist schon oft notwendig gewesen, zu den Maßnahmen des in der Gemeinde eingesetzten Kommissars, des Heimatsdienst-Müllers Stellung zu nehmen. In der letzten Zeit aber stellt das Verhalten dieses Kommissars und seiner SPD-Fraktion alles bisherige in den Schatten. Mit den schamlosesten Mitteln gehen sie gegen die Döllnitzer wertvolle Bevölkerung vor. Die Stimmung ist so gereizt, daß der Parteiführer Keitel und der SPD-Kommiswirtschafft Müller sich nicht mehr getrauen, abends allein durch Döllnitz zu gehen.

Müller war es, der das Parteiprogramm für die Gemeindevorstellungen einführt, um die Gemeindevorstellung fernzuhalten. Als seine Person durch eine anonyme Karte beim Landrat angeklagt war und er glaubte, in der nächsten Sitzung sich rechtfertigen zu können, da wurde dem Gemeindevorsteher gesagt: „Heute kommt es auf die Karte nicht so genau an. Lassen Sie alle herein.“

Bei der Sitzung am Sonnabend wurde der Mühlenbetriebsleiter Keitel den Denunziationen zu spielen, indem er dem Gemeindevorsteher vorwarf, mehr Zufuhr hineingelassen zu haben, außerdem sollte er nur die ihm Ungehörigen herbeiführen lassen. Keitel schreit nicht davon zu wissen, daß es Döllnitzer sind, die nur an SPD-Arbeiter ausgehen werden in der Hoffnung, sie einmal als Mitglied der benannten SPD-Genossen gewinnen zu können.

In der letzten Zeit verläßt Müller nun, den abgebauten Keitel und seinen Genossen Biener auf irgendeine Weise unterzubringen. Keitel ist als Sekretär und Biener als Schaffier vorgesehen.

Deshaß wurde der jetzige Gemeindevorsteher Schacht gedrängt, ohne einen Beschluß des Gemeindevorsteher einzuhaken.

Gehört das auch zu der Vollmacht des Kommissars? Ist das der Kampf der SPD um die Demokratie, um das Selbstbestimmungsrecht in den Gemeinden?

Der SPD-Kommiswirtschafft geht aber noch weiter vor. Die Gemeindevorsteher sollten vor fertige Tatsachen gestellt werden, als er das Gemeindefiskal in eine andere Stelle verlegen wollte. Gemeindefiskal haben die Vertreter dieses verdrängt, da dieser Umzug der Gemeinde im 1900 W. gekostet hätte. Der Gemeindefiskal lud der Kommissar nach irgendeinem Beschluß im Protokoll, um sich vor dem Landrat zu rechtfertigen.

Sie fragt der SPD-Kommiswirtschafft aber nicht danach, was es kostet, obwohl die Gemeinde bankrott ist und über 100 000 Mark Schulden hat, während für Erwerbslose niemals Geld vorhanden ist.

Der Kommissar Müller kann aber auch anders! Sein Parteigenosse Biener stellt einen Antrag auf Unterführung. Müller legt diesen Antrag nicht etwa der Füllkommission vor, sondern nimmt ihn persönlich nach Halle mit und in ein paar Tagen ist der Antrag zurück, während andere Proleten 4 bis 5 Wochen warten müssen.

Vielleicht hängt es damit zusammen, daß der Kommissar Müller ein paar Wochen später zum Bank für die schnelle Erledigung zum Schlußschleß bei Biener eingeladen war, wobei er bis frühmorgens ging und dann in sehr „nüchternem“ Zustand auf der Straße „Freiheit“ gebrüllt wurde.

Es muß unbedingt untersucht werden, welche Rolle der Kreiswohlfahrtsdirektor Bernhardt in diesen und in ähnlichen Fällen gespielt hat.

Ein armer Mieter wohnt in der Baracke, in der sich auch ein Aufenheiter und Schulmeister für Sportler und Erwerbslose befindet. Der Mieter Guldig wurde nun von dem Kommissar ins Gemeindefiskal geschickt, wo er noch einmal so viel Miets bezahlen soll. Auf hierüber ist kein Beschluß gefaßt. In der Baracke lebt Müller einen anderen Mieter hinein mit zehn Kindern und zuzieht auf diese Weise den Erwerbslosen und Sportlern die bisher innegehenden Räume.

Das sind nur einige Beispiele der letzten Wochen. In der letzten Sitzung provozierte Müller, bezirkt, daß eine Schlichtung zu entstehen droht. Vor allem laien sich dabei herum die Genossen Müller, Keitel, Dietrich, der Vertreter der Arbeiterzentrale: Schumann u. a.

Wiederum befragt es sich: Die SPD ist und bleibt die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie. Umsonst

werden solche Beamte, wie der Heimatdienst-Müller, vor dem schändlichen Regierungsapparat nicht gehalten. Sie erwirken sich immer noch als die besten Geistespolitiker und Empiriker der Vorkriegszeit. Das ist eine Mahnung an alle sozialdemokratischen Arbeiter. Ihr Blick darf nicht mehr bei den Protagonisten und Denunzianten sein, sondern auch sie gehören in die rote Einheitsfront, in die Avantgarde des kämpfenden Proletariats, in die kommunistische Partei.

Merseburg-Querfurt

Jungproleten wird alles geboten

U. A. Querfurt. Am 6. Dezember 1932 geht der Erwerbslosengruppenrat Sitten zum Gemeindevorsteher Heinde in Reia und verlangt im höchsten Tone eine Besichtigung, die das Arbeitsamt Querfurt fordert. Erst verweigert Heinde die Ausstellung des Scheines; da sich der Jungarbeiter nicht abweisen läßt, wird der Gemeindevorsteher ausfällig und schlägt den Jungproleten. Erst später bequeme sich endlich der Gemeindevorsteher, die geforderte Besichtigung auszuführen.

Der Jungarbeiter hat selbstverständlich gegen diese Methode Anzeige erstattet. Auch die übrige Arbeiterklasse hat von dieser Blüte des Dritten Reiches die Nase voll. Er glaubt nämlich, auch die Auszahlung der Unterführung von seinem Wohnortern abhängig machen zu können. So zählt er einem Feldarbeiter ganz 2 Mark pro Woche, weil dieser 2 Morgen Feld hat. Ganz ist nach Querfurt berichtet, daß der betreffende 40 Morgen haben soll. Die Landarbeiter und Kleinbauern werden sich in Zukunft gegen solche Übergriffe zu wehren wissen. Sie schließen sich zusammen zum gemeinsamen Kampf gegen alle fauchstischen Methoden bis zu ihrer reiflichen Liquidierung.

Immer noch Verhaftungen führender Funktionäre

Man hat es in Merseburg besonders auf die führenden Genossen im Erwerbslosenausich abgesehen. In der vergangenen Woche wurde Genosse Knat in seiner Wohnung verhaftet und zur Verbüßung einer Strafe abgeholt. Am Montag gelang das gleiche mit dem Genossen Sellwig. Würde es sich um Stas handeln, dann würde in Anbetracht der beschlossenen Anzeile sicherlich von der Verhaftung Abstand genommen werden. Aber hier handelt es sich ja um revolutionäre Arbeiter.

Weihnachts-, Klein- und Sozialrentner erhalten am Montag, dem 19. Dezember, nachmittags 3 Uhr, Leopold-Kell-Straße 16, im Seitengebäude, Kohlenarten.

Briefkasten

Beimernode. Der ganz gut gemeinte Artikel über den Kasz-beamteten kann nicht veröffentlicht werden. Warum wird kein Name angegeben? Anonyme Aufschriften sind zwecklos. Wir erwarten weitere Nachrichten.

Wichtige Punkte

zur Beachtung aller Mitobsteute des Bezirkes

1. Jeder Mitobsteute erscheint zu den von der SP festgelegten Kontrollkonferenzen.
2. Alle Unterlagen über bestehende Differenzen sind mitzubringen.
3. Alles Mitgeld wird nach Berlin abgerechnet.
4. Alles Postgeld wird nach dem Bezirk abgerechnet.
5. Alle Konten bleiben in den Ortsgruppen. Remittenten werden nur auf Anweisung von Berlin nach Berlin übermittelt.
6. Zu den festgelegten Konferenzen, deren Termin durch den Kollektor der WS und Ortsgruppen zu erfahren ist, ist alles Geld mitzubringen.

Genossen, beachtet diese wichtigen Punkte und sorgt für schnelle Abrechnung der Post und der Literatur! Der Bezirksleiter Kruft.

Spielewaren wie immer am billigsten bei SOBEL



Betriebsratswahl auf Plöck

Jetzt Schluß mit der Verhöhnung, alles wählt zur Betriebsratswahl am 18. Dezember die „Note Einheitsliste“!

(Arbeiterkorrespondenz)

Der Herr Direktor Schulz hat am schwarzen Brett durch eigene Namensunterschrift eine „Weihnachtsbotschaft“ an alle Kumpels erlassen. Er teilt mit, daß solche Arbeiter, die drei Kinder und mehr haben, eine Winterhilfe in Form eines Weihnachtsbaumens von der Werkleitung geschenkt bekommen. Die Kumpels haben jedoch festgestellt, daß dieselben geliefert worden sind von den Holzhandlern, die das Grubenholz zu Abtaufen liefern.

Die Kumpels sind der Ansicht, daß es im Interesse ihrer Sicherheit notwendiger wäre, anstatt der schweren grünen „Weihnachtsbäume“ ausgetretene Grubenhölzer zu liefern. So mander Plöck des Bergmanns unter Tage geht tagtäglich über seine Lippen durch den schweren Grubenholzfleiß. Die Kumpels bedeuten sich für den feindlichen Kaufmannsgesitteten Herrn Direktor Schulz und seiner Lieferanten und sind gewillt, sich eine Betriebsvertretung bei der Wahl zu schaffen, die ihre Interessen vertritt. Mit dieser werden die Kumpels den Kampf gegen jeden weiteren Lohn- und Gehaltsabbau, ganz gleich welcher Art, führen. Sie verlangen den dritten Kumpel für jede Kameradschaft, um dem unerhörten Ausbeutungsgrad eine Grenze zu setzen. Weg mit den Feiertagslisten oder volle Bezahlung!

Diese in der letzten Verammlung aufgestellte Forderung durchzuführen, ist die Aufgabe aller Kumpels. Wählt die Note Einheitsliste Dohrow-Schlümme-Gast!

Die Republik war in Gefahr!

U. A. Weihenfels. Vor dem Schöffengericht Weihenfels standen am Donnerstag unter der Anklage des Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik der Zimmermann Schwilms und der Arbeiter Scholtz aus Neumarkt. Beide wurden zur Haft belegt, Zeitungen des verbotenen roten Frontkämpfer-Bundes vertrieben zu haben.

Der Landeshand ergab, daß an einem Freitag Schwilms von einem Fremden vor dem Gemeindeamt Neumarkt im August dieses Jahres ein Paket Zeitungen erhielt, das ihm von den umherziehenden Soldaten entziffen wurde. Scholtz nahm den umherziehenden Soldaten in einer gewissen wirtschaftlichen Notlage war, verkaufte er ein Exemplar für 10 Pfennig, die übrigen drei Exemplare wurden bei einer Hausdurchsuchung später bei ihm vorgefunden. Tatsächlich hat Scholtz nicht gewußt, daß es sich um eine verbotene Zeitung handelt.

Als Zeugen marschierten gleich drei Landjäger auf. Der Landeshandrichter Scholtz verurteilte besonders den Angeklagten Schwilms zu Gefängnis.

Er erkaufte Schwilms hätte auch Zeitungen am Gemeindeamt verkauft, von anderen Leuten, die er nicht nennen wollte, hätte er davon erfahren, (1) bei der Hausdurchsuchung hätte er jedoch nichts gefunden.

Der Staatsanwalt klagte sich besonders im Falle Schwilms auf die Aussagen von Göthe, die nur auf Annahmen, aber nicht auf Tatsachen beruhen. Die Angeklagten hielten die Behauptungen einer verbotenen sozialistischen Organisation, gefördert und erbracht für die Angeklagten die Mindeststrafe von je drei Monaten Gefängnis.

Das Gericht verurteilte Schwilms zu 4 Monaten und Scholtz zu 3 Monaten Gefängnis.

Der Richter macht noch eine kleine Kommunikation. In einer Beziehung hat er natürlich recht, daß sich die rote Front nicht verhalten soll, trotz Klassenkampf und Kommunikerfolgung. Recht werden noch Arbeiter verurteilt, auch wenn sie unschuldig sind, aber auch das wird anders werden. Dafür muß jeder Klassenbewußte Arbeiter mitkämpfen.

Der Kampf um die klassenlose Gesellschaft

Erfolge und Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion

Von D. S. Manuilskij
(1. Fortsetzung.)

Das heutige Land des Donjeproletariats war ein Land des Kleinbaus, das Land des Automobilverkehrs war einheimisch als alte Mittelalter Rüstung, das zu früh, darauf, auf der Suche nach einem Verdienst im Eisenbahnbau entlang tippelte. Das Land, das hedenkmalig der Menschheit die Bahn zu einem neuen Leben erschlossen, das heute in der Avantgarde der proletarischen Weltrevolution marschiert, war vor dem Kriege der leistungsfähigsten von Europa. In kaum 15 Jahren hat unter dem mächtigen Willen der Kommunistischen Partei und ihrer Führer, Lenin und Stalin, geleitetes Land ihre Bedeutung weg zurückgelegt, dessen Rolle und Bedeutung mit Jahrhunderten gemessen werden kann. Und dabei stehen wir erst am Anfang des Sozialismus, haben wir erst das Fundament des Sozialismus erbaut, begeben wir erst erfolgreich unseren ersten Fünfjahresplan, entwerfen wir erst die Umrisse des zweiten Fünfjahresplans.

3. Zwei Welten

Die 17. Parteikonferenz der Kommunistischen Partei der Sowjetunion formulierte drei Grundaufgaben der Weltwirtschaft unseres Landes: 1. Die völlige Rekonstruktion der gesamten Volkswirtschaft; 2. die zwei- bis dreifache Erhöhung des Verbrauchs der Bevölkerung in Vergleich zum ersten Fünfjahresplan; 3. die Errichtung der klassenlosen Gesellschaft. Die drei Aufgaben bilden unter den Beschäftigten der Welt der Arbeiterklasse im Grunde genommen den Inhalt des Sozialismus. Ihre Bedeutung ist um so größer, daß wir an ihre Durchführung gehen unter Verhältnissen, wo in der kapitalistischen Welt die Erneuerung des Grundkapitals aufgehört hat, ein schwerer Rückgang im Verbrauch der freien Massen eingetreten ist, und die Kluft zwischen den Klassen sich vergrößert.

Es ist, als ob zwei verschiedene Planeten sich in ihren Bahnen im Weltraum getrennt hätten. Auf dem einen herrscht unaufhörliche Einkumpelung der Produktion, Zunahme

Vormarsch an der Gewerkschaftsfront!

Die Ortsvorstandswahlen des hallischen Buchdruckerverbandes — Wie die nach dem „Volksblatt“, vernichtende Niederlage der KPD im Buchdruckerverband ausstie!

(Gewerkschaftskorrespondenz)

Der „Klassenkampf“ berichtigte bereits, daß bei der Jahresgeneralversammlung des Ortsvereins Halle im Verband der Deutschen Buchdrucker die Opposition bei den Wahlen zum Ortsvorstand gegenüber dem Vorjahr einen nicht unerheblichen Erfolg erlangte hat. Das hallische „Volksblatt“ macht daraus eine vernichtende Niederlage der KPD und verkündet triumphierend, daß der „erste Versuch der neuen Vorstände der KPD zur Steigerung der innergewerkschaftlichen Arbeit in den DGB-Verbanden gescheitert“ ist.

Betrachten wir nunsten an Hand des Wahlergebnisses, was an dieser sozialdemokratischen Selbstwechsellagerung Vorzug ist.

Es hat wohl selten eine so gut besetzte Buchdruckerversammlung in Halle gegeben wie die am Sonntag stattgefundene Generalversammlung. Der latium bekannte KPD-Kandidat Riebeschlag für die drei Bibliothekare im Durchschnit: 200 Stimmen, für die drei Bibliothekare im Durchschnit: 200 Stimmen, für die drei Bibliothekare im Durchschnit: 200 Stimmen, für die drei Bibliothekare im Durchschnit: 200 Stimmen.

Chauwinistische Hetze signalisiert Kriegsgefahr Kampfvorschübe PARIS-BERLIN Unser Kampf gegen Versailles für soziale und nationale Befreiung ist Rüstzeug für proletarischen Internationalismus! 48 S. 20 Pfg.

vor. Wie nicht anders ermartet, verlor er kein Wort zu der Stellungnahme der Gewerkschaften gegenüber den jetzigen politischen Ereignissen, die das drohende Antreiben der gesamten Arbeiterklasse in Anspruch nehmen. Der Ortsvereinsvorstand der hallischen Buchdrucker kann in auch schließlichermaßen „gar nichts dafür“, wie sich die Dinge entwickeln. Das ist so etwa die Ansicht des Herrn Riebeschlag.

Die arbeitgeberfeindliche Linie der KPD-Politik in den Gewerkschaften, insbesondere in bezug auf die Lage der Buchdrucker aufzuzeigen, blieb dem Disziplinierungsrat der Opposition vorbehalten, der feststellte, daß die gemittelte Kritik des proletarischen nie eingeleitet wurde, um die tatsächlichen Maßnahmen der Bourgeoisie zu machen. Die vorbereiteten und organisierten Störungsaktionen der Reformisten gegen die oppositionellen Sprecher verpufften wirkungslos, so daß ihre nachlässig überlegene Mehrheit die Redezeit auf 5 Minuten beschränken zu lassen.

Zur Vorstandswahl hatten die Reformisten wieder die alte Liste mit Riebeschlag an der Spitze aufgestellt. Selbstverständnis war als aufgehoben, um diese einzige „Säule“ der Buchdruckerfront in Halle zu fällen.

Trotz der gerade im Buchdruckerstand besonders verwursten reformistischen Expeditionen befindet sich die Opposition im Vormarsch.

Um nun die Säulen des „Volksblatt“ zu überlegen, veröffentlichten wir nachstehend die genauen Zahlen:

Es wurden abgegeben bei der Wahl des ersten Wahlganges (die eingeklammernten Ziffern sind die Stimmen der vierjährigen Vorstandsmitglieder): Opposition 93 (77), Reformisten 220 (221).

Für den zweiten Wahlgang: Opposition 113 (84), Reformisten 215 (215).

Für den 1. Kassierer: Opposition 88 (80), Reform. 213 (215), für den 2. Kassierer: Opposition 91 (58), Reform. 223 (241), für den 1. Beisitzer: Opposition 88 (78), Reform. 211 (214), für den 2. Beisitzer: Opposition 103 (78), Reform. 208 (206), für die drei Bibliothekare im Durchschnit: Opposition 95 (75), Reformisten 219 (218).

Für den 1. Beisitzungsleiter erhielt: Opposition 104 (78), Reformisten 216 (227).

Für den 2. Beisitzungsleiter: Opposition 95 (67), Reform. 212 (220), für den 3. Beisitzungsleiter: Opposition 101 (69), Reform. 213 (225).

So sieht also die vernichtende Niederlage der KPD im hallischen Buchdruckerstand in Wirklichkeit aus. Die im Durchschnit 20 Prozentige Zunahme der Oppositionstimmen ist zweifellos noch ungenügend, trotzdem kann unser Vormarsch nicht abgebrochen werden. Noch stärker müssen die von den Reformisten entworfenen und verteidigten Kollegen mobilisiert und aktiviert werden für den Kampf der revolutionären Opposition.

Vor allem muß in den Betrieben der Kampf gegen Lohnraub und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen von uns geführt werden. Kein Verlangen mehr bei Solidaritätsaktionen wie beim Buchdruckerstreik des „Berl. Börsen-Courier“. (Streikdruckarbeit bei der „Sozial-Zeitung“) Noch stärker vorwärts, dann wird uns die endgültige Rettung in der reformistischen Herrschaft im hallischen Ortsverein, mit dem traurigen Scheitern Riebeschlag an der Spitze, im nächsten Jahre bestimmt gelingen.

Herr Dürrenberg. Die Verteigerung der Dürrenberger Siedlung verkehren. Am Mittwoch vormittag sollte die Dürrenberger Siedlung der Gemeinnützigen Siedlungs-Gesellschaft, Landkreis Merseburg, versteigert werden. Der Termin wurde jedoch auf den 29. März 1933 verlegt. Der Antrag auf Zwangsversteigerung war von der Zehnjährigen Hypothekendarstellung in Weimar gestellt.

Achtung! Achtung!

Stellt sofort die Termine für die Ortsverwaltungswahlen in allen Zählstellen und Verwaltungseinheiten der ADGB-Gewerkschaften fest!

Schutz gegen reformistische Ueberrumpelung!

Die Reformisten im DMV verlegend die Termine vor! Statt ihnen lassen sie vielerorts schon im Dezember wählen. Teils alle Termine sofort aus den Zählstellen (Wahl und Wahl) mit. Trefft alle Vorbereitungsarbeiten! Nehmt die Fraktionen zusammen! Jede Parteilung ist verantwortlich für die Leitung der Gewerkschaftsarbeit!

4. Sozialistische Rekonstruktion der Volkswirtschaft

Betrachten wir den heutigen Sozialismus in der Sowjetunion vom Standpunkt der drei von der 17. Parteikonferenz vorgegebenen Aufgaben.

Was bedeutet volle Rekonstruktion der Volkswirtschaft? Sie bedeutet vor allem die Stellung unserer sozialistischen Volkswirtschaft auf eine neue energetische Basis. Die Elektrifizierung der Volkswirtschaft. Es ist bekannt, welche außerordentliche Bedeutung der Lenin der Elektrifizierung beimah, daß er sie in Verbindung mit der Sowjetmacht als Sozialismus bezeichnete. Die kapitalistische Volkswirtschaft ist u. a. dadurch charakterisiert, daß ihre Industrie und ihre Landwirtschaft verschiedene energetische Grundlagen haben. Während die Industrie schon längst den Weg der Aneignung der neuesten technischen Erzeugnisse gefunden hat, bleibt die Landwirtschaft in ihrer überlegenen Mehrheit bei den traditionellen Methoden der Bodenbearbeitung und Bewässerung. Dieser Doppelcharakter der energetischen Basis von Industrie und Landwirtschaft, der bei niedriger Mentalität der landwirtschaftlichen Arbeit beiträgt, ist eine der wichtigsten Gründe der Agrar-Schere sowie des Gegensatzes zwischen Stadt und Land. Einer der elementarsten Voraussetzungen zur Überwindung dieses für den Kapitalismus typischen Gegensatz zwischen Stadt und Land ist die Einheit der energetischen Basis von Industrie und Landwirtschaft. Nur der Sozialismus ist der Lösung dieser Aufgabe gewachsen, die wir heute durch Aufbau von Sowjetgütern, Maschinen-Traktorenaktionen und durch geschlossene Kollektivierung der Landwirtschaft erfolgreich erfüllen.

Für den zweiten Fünfjahresplan stellen wir uns die Aufgabe, die Krafterzeugung auf 100 Milliarden Kilowattstunden zu bringen, bei einer Gesamtkapazität der Kraftwerke von der Höhe von 22 Millionen Kilowatt. Dies bedeutet, daß wir das Niveau der USA erreichen und Deutschland in der Zeit seiner Goldstandartur 1929 um Doppelte überholen wollen. Bereits heute liefern die bestehenden Kraftwerke etwa 17 Milliarden Kilowattstunden, d. h. das Neunfache dessen, was unsere vorrevolutionäre Wirtschaft verbrauchte hat.

Sieht der Donjeprolet, eines der größten Baumwunder der heutigen Welt, auf dem Niveau der modernsten technischen Erzeugnisse unseres Sachsbauers, so wird das Wohlgeheim, das 2mal so groß sein wird, wie der Donjeprolet, die größten Pläne des Weltkapitalismus weit hinter sich lassen und die ganze Welttechnik auf eine neue, einzig dastehende Stufe heben.

Die Rekonstruktion der Volkswirtschaft setzt zueben die Rekonstruktion der alten, bereits bestehenden Betriebe sowie die Errichtung neuer, auf der Grundlage aller Erzeugnisse der modernen Technik stehenden Anlagen voraus. 75 Prozent der alten Betriebe werden von uns bereits neu ausgebaut. Ein solcher Betrieb, wie der „WPK“ der jährlich 25 000 Automobile herstellt, ist aus der vom Kapitalismus nicht zu überwinden. Auto-motorenwerkstätten emporgewachsen. Solcher neuausgestatteter Betriebe gibt es aber bei uns hunderte. Zugleich haben wir den Aufbau neuer Industriebetriebe in Angriff genommen, die teilweise den alten Betrieben überlegen sind, oder vor ihrer Vollendung stehen. In den ersten drei Abchnitten des Fünfjahresplans sind 796 neue Industrianlagen dem Betriebe übergeben worden, im Jahre 1932 — etwa 500 Betriebe. Das alles hat eine Anreicherung von Tausenden Milliarden Rubeln erfordert. Unser ganzes Land ist buchstäblich vom Patos des schöpferischen Aufbaus erfüllt (Fortsetzung folgt.)

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Sonntag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 Mark, durch die Post bezogen 2,80 Mark, ohne Gültungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Vertriebsstelle 14, Tel.: 210 45 (Hed.); 210 47 (Seelig)

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung
Der Rote Stern

Anzeigenpreis: 15 St. für den mm hohen und Spalten 1 St. im Quart. Postanweisung: Kassenbuch des Sozialvereins Halle-Commerz- und Privat-Bank Halle. Schriftführer: Leipzig 88471 Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Vertriebsstelle 14

Einzelpreis 10 Pfennig

Halle, Donnerstag, den 15. Dezember 1932

12. Jahrgang, Nr. 290

Erschütternde Arbeiterbriefe

Kämpft um ein größeres Stück Brot!

Immer größer die Not, immer stärker der Hunger, immer fühlbarer die Kälte — Schulschließung in Zschortau als Folge des Elends

Hunger und Elend machen Proletariatkinder krank

Aus Zschortau schreibt ein Schulkind: „Unsere Schule ist wegen Diphtherie geschlossen, fast 30 Kinder sind daran erkrankt. Das kommt nämlich daher, weil wir nichts Kräftiges und nicht einmal genügend zu essen haben. Außerdem ist es nun wieder kalt geworden, und die Kinder in ihren dünnen Kleidern und zerissenen Schuhen erkälten sich sehr leicht. Unsere Lehrerin hat einigen Kindern des öfteren eine Kleinigkeit zu essen gegeben, damit sie überhaupt noch am Unterricht teilnehmen konnten. Mir selber ist es ein paar mal so schlecht geworden, daß es mir richtig schwarz vor den Augen wurde. Ich hatte nämlich nur trockenes Brot mit, und das wollte nicht rutschen.“

6 Mark für zwei Personen in einem Monat

Aus Pretzsch schreibt ein Arbeiterkorrespondent: „Der Arbeiter B. erhält wöchentlich 6 Mark Krisenunterstützung, also monatlich 24 Mark. Davon muß er Miete zahlen 18 Mark; es bleiben also zum Leben übrig 6 Mark den ganzen Monat für zwei Personen. Frau B. ist schwer leidend und infolgedessen auch arbeitslos. Unterstützung bekommt sie nicht. Der Arbeiter ging in seiner Bedrängnis zum Bürgermeister Rosenbrunner, schilderte ihm seine Lage, erklärte, daß er von 6 Mark im Monat mit seiner Frau nicht leben könnte und gezwungen sei, in die Naturale zu gehen, denn von den paar Hungerpfennigen könne er für die beiden nicht leben. Die Antwort war: da dies gesetzwidrig sei, und überdies hätte B. ja 13 Wochen

Siebenköpfige Familie trotz Armut

Aus Rieste dt schreibt ein Wohlfahrtsempfänger: „Ich erhalte eine Unterstützung samt Frau und 5 Kindern unter 14 Jahren. Bin abends in der Straßenbau, wöchentlich 40 Stunden — mehr darf nicht gearbeitet werden. Krankenkasse 84 Pf., Erwerbslosenversicherung 68 Pf., Invalidenversicherung 68 Pf., weniger Lohn als die Hungerunterstützung war. Nun habe ich Sangerhausen, bekam aber keine Antwort. Also für sieben Personen 22,50 Mark Miete gezahlt werden, Kohlen und alles, was zum Leben notwendig ist, ist ein Klassenkampf.“

Diese Briefe von Arbeitern und Arbeiterkindern sind erschütternde Dokumente dafür, wie groß Elend und Not der Arbeiter und Erwerbslosen in Deutschland bereits sind. Unersättlich trägt die Kälte in den Arbeiterquartieren, die man nicht mit Heizmaterialien vertreiben kann, da dazu das Geld fehlt. Die Hungerrufe werden immer lauter. Millionen in Deutschland wollen nicht kamplos verhungern und frieren. Am selben Moment aber läßt die Schleicher-Regierung erklären, daß sie kein Geld für Winterhilfe hat. Am selben Moment verhängen Nazis und SPD-Führer die Durchsetzung der kommunistischen Winterhilfsbeiträge, die allein konkrete Hilfe bedeuten.

Berücksichtigt in allen Dingen den Kampf um die Winterhilfe, den Kampf um Brot, Kartoffeln und Kohlen, fordert überall die Forderung der Kohlenlager, der Mangalfürer, der Speicher und Säden. Millionen von Erwerbslosen dürfen und wollen nicht frieren, sie dürfen und wollen nicht zuhause, wie ihre Familien zugrunde gehen, wie ihre Kinder der Krankheit und dem Tod verfallen, weil diese bantrotte Ordnung weder Arbeit noch Brot beschaffen kann. Millionen Betriebsarbeiter und Erwerbslose in Deutschland kämpfen mit der KPD und der RSD gegen die Schleicher-Regierung und ihren Hungerkurs, für Brot und Kohlen, für Arbeit und Freiheit kämpfen!

KPD fordert Reichstagsseinberufung

Die Reichstagsfraktion der KPD hat ein Schreiben an den Reichstagspräsidenten geschickt, in dem sie fordert, daß der Reichstag für Montag, den 18. Dezember, einberufen wird. Die KPD-Fraktion verlangt, daß in dieser Sitzung vor allem die Winterhilfe auf die Tagesordnung gesetzt wird sowie die Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni, durch die die Unterhaltungsleistungen teilweise gestrichelt wurden. Ferner fordert die KPD-Fraktion, daß der kommunistische Winterhilfsbeitrag gegen die Schleicher-Regierung auf die Tagesordnung gesetzt wird.

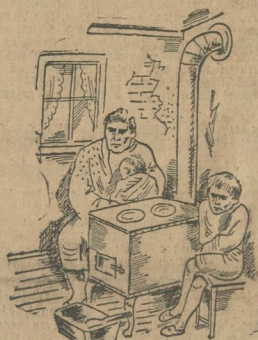
Schulstreik erfolgreich beendet!

Der Schulstreik in Frankeben wurde mit Erfolg beendet. Die Kinder der Erwerbslosen sollen nun in der Schule Platz erhalten. Außerdem wurde nun von den Gemeindevorstehern der Beschluß gefaßt, allen Kindern die Vermittlungskostenlos zur Verfügung zu stellen.

Hunger und Kälte

aber Massenentlassungen in den Bricket- und in den Schuhfabriken

Die Baumanns wöchentlichen Kohlenwerte haben wegen mangelnden Abhebes 500 Mann entlassen. Die Lagerplätze sind gefüllt, aber in den Arbeiterwohnungen herrscht die Kälte. In Burg bei Magdeburg mußte die Schuhfabrikation derart eingeschränkt werden, daß 1100 Schuhmacher arbeitslos auf der Straße liegen.



Lezte amtliche Meldung: „Das Kabinett Schleicher hat in seiner letzten Sitzung über die Winterhilfe gesprochen, aber noch keine Beschlüsse gefaßt.“



Urteil

Urteil 20.30 Mark Arbeiter in Arbeit, Mark. Davon gehen bleiben 17.56 Mark. Der Wohlfahrtsamt müssen monatlich Sie darüber im

Kämpft für die rote Einheitsfront!

Leben und Meißelwisch an alle Gewerkschaftskollegen

„Karl Ernst“, protestierte in einer Beschoßmann wegen des dem Bergbau in soll. In einer der Grube „Karl Ernst“ der Gewerkschaft der Arbeiterstreik hat.

Abwechslung werden die Praktiken der Gewerkschaftsführer Andreus und Reddig u angeprangert. In der Resolution heißt es zum Schluß: „Dies ist ein neues Warnungssignal an alle mitteldeutschen

Kampels, härter als bisher die Einheitsfront in den Betrieben zu schaffen und an der innergewerkschaftlichen Front vorzustoßen. Die Kampels, die Mitglieder des RSD sind, verlangen, daß die Ortsverwaltungswahlen spätestens im Januar durchgeführt werden und gefaßt, kein Berichtsungsmandat durch den Hauptvorstand zu dulden.“

Die Ortsverwaltung des Maschinisten- und Heizer-Verbandes Meißelwisch nahm einstimmig eine Entschloßung an, die den Reparatur-Kurs auf das höchste zu urteilen und alle freigewerkschaftlichen Arbeiter auffordert, in der Einheitsfrontaktion den Kampf gegen das Schleicher-Kabinett aufzunehmen.

Amnestie-Vorlage gefährdet!

Berücksichtigt den Kampf um die Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 15. Dezember.

Gestern tagten die Vereinigten Ausschüsse des Reichsrats, um die Tagesordnung für die heutige Plenarsitzung des Reichsrats vorzubereiten. Bei der Beratung der Amnestievorlage erhoben die Vertreter Baezens, Witzelmeiers und Wadens sowie ein Teil der proletarischen Vertreter Einspruch gegen die Amnestie. Es zeigte sich, daß vor allem die Führer des Zentrums alle Mühen sprangen lassen, um die Amnestievorlage zu sabotieren. Die Saboteure im Reichsrat verhinderten eine Beschlußfassung der Sitzung, so daß die Amnestievorlage heute überhaupt nicht in der Vollziehung des Reichsrats beraten wird. Es ist zunächst eine weitere Vollziehung des Reichsrats zum 20. Dezember angeht, doch hofft das Zentrum, bis dahin die nötigen Stimmen zur Ablehnung der Vorlage zusammenzubringen.

Wenn der Reichsrat ablehnt, müßte der Reichstag noch einmal mit Zweidrittelmehrheit für die Amnestievorlage stimmen. In dieser Beziehung erwidern die Zentrumsführer eine veränderte Stellungnahme der Nazis herbeizuführen. Bei den gegenwärtigen Verhandlungen über die Befreiung der Ministerhölle von Preußen

wird vom Zentrum diese Frage aufgeworfen. Es zeigt sich, wie notwendig es ist, daß die kommunistische Reichstagsfraktion fordert, der Reichstag solle in den nächsten Tagen wieder zusammenzutreten. Entscheidend dafür, ob die Amnestie durchgeführt wird, ist jedoch die Verhärterung des Kampfes der Millionen Werktätigen um die Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen.

Obwohl, wie nur der Massenruf den Vertretern der Bourgeoisie im Reichstag Zugeständnisse zur Amnestie abtrotzte, ebenso kann auch jetzt nur Massenruf und Massenkampf der Werktätigen um ihre gefangenen Klassenbrüder die Sabotage der Amnestie verhindern. Es ist kennzeichnend für das allerchristliche Zentrum, daß es an der Spitze steht bei dieser Sabotage der Amnestie, „Friede auf Erden und Mensch an Mensch“ — handeln sie in wenigen Tagen wieder. Dabei aber tun sie alles, um die Hände von christlichen proletarischen Kämpfern in den Kämmerlein ihrer christlichen Kultur zu halten.

Heraus mit den proletarischen politischen Gefangenen! Berücksichtigt den Kampf um ihre Freilassung!

